

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefährde 15/17, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 105.

Dienstag, den 7. Mai 1895.

2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Aus den Memoiren eines englischen Geheimpolizisten.

Der „Sozialdemokrat“ bringt in seiner letzten Nummer folgenden Artikel, der sehr „zeitgemäß“ ist:

I. Der Klub „Autonomie“ und die Lockspindel.

Der Londoner Klub „Autonomie“ ist wiederholt in gerichtlichen Urtheilen als der Mittelpunkt der anarchistisch-sozialistischen Thätigkeit bezeichnet worden, die insbesondere auch den Umsturz der bestehenden Ordnung in Deutschland verfolgt.

Motive Umsturzvorlage S. 6.

Mr. Patrick Mc Intyre, bislang erster Detektiv-Sergeant der politischen Abtheilung in Scotland Yard (dem Hauptquartier der Londoner Polizei) veröffentlicht gegenwärtig in einem vielgelesenen Blatte eine Reihe von Artikeln, die in Hinsicht auf die drohende Umsturzvorlage für uns von allerhöchster Bedeutung sind. Mc Intyre, dessen Adresse mir bekannt ist, erzählt seine Erlebnisse in einer einfachen, von aller Effekthascherei freien Sprache; er meidet alles Sensationelle und Melodramatische und beschränkt sich auf die Wiedergabe von thatsächlichen Ereignissen, die er während seiner Dienstzeit erlebt hat. Seine zwei letzten Artikel vom 7. und 14. April d. J. beschäftigen sich mit den Londoner Anarchisten, die hauptsächlich im Klub „Autonomie“ verkehrt haben.

Wie wir sogleich sehen werden, bestätigen die Erfahrungen Mc Intyres die von sozialdemokratischer Seite über die anarchistischen Attentate geäußerten Ansichten vollinhaltlich. Wir werden sehen, daß die Propaganda der That von bezahlten Lockspindeln gepredigt und inszenirt wurde — eine Thatfache, die von der Sozialdemokratie stets behauptet, aber von Anarchisten, Behörden, wie überhaupt von der ganzen Reaktion mit der obligaten sittlichen Entzückung zurückgewiesen wurde.

Geben wir nun Herrn Mc Intyre das Wort:

„Vor etwa zehn Jahren“, sagt unser Gewährsmann, „wußte man in unserem Lande noch sehr wenig von sozialistischen und anarchistischen Agitationen. Dem größten Theil des lesenden Publikums in England war das Wort „Anarchismus“ thatsächlich unbekannt. Als ich im Jahre 1883 in die politische Abtheilung von Scotland Yard eintrat, wurde manchmal den Bewegungen der Londoner Sozialisten nachgeforscht. Um die Zeit, von der ich spreche, hatten die Sozialisten ihr Hauptquartier in Bridge Street, Westminster. Die Führer waren Hyndmann, John Burns, Champion und J. Williams — diese Vier, die im Jahre 1866 anlässlich der Trafalgar-Square-Demonstration verhaftet wurden. Jedoch nicht von diesen werde ich sprechen. Ich will lieber eine kurze Uebersicht geben über das Wachsen des Anarchismus, soweit diese Erscheinung unter meine Beobachtung gekommen ist.“

„Das erste, was die Aufmerksamkeit der Polizei auf die neue Bewegung gezogen hat, war die Ankunft einer Anzahl ausländischer Flüchtlinge. Diese Leute ließen sich hauptsächlich in der Gegend von Soho und Tottenham Court Road (London) nieder, wo sie in der Windmill Street einen Klub gründeten, der später unter dem Namen „Autonomie“ allgemein bekannt wurde. Hier fraternisirten die Unzufriedenen aller Nationen, hier konnten sie nach Herzenslust ihre Regierungen denunziren. Ich traf hier russische Nihilisten, deutsche Sozialisten, italienische Irredentisten, französische Kommunisten und bei seltener Gelegenheit auch einen oder zwei Spanier.“

„Unter diesen Leuten spielte der moucharde oder agent provocateur eine dominirende Rolle. Wäre man im Stande gewesen, aus dem Klub diejenigen Leute zu entfernen, die auf der Dummheit der anderen ihr Glück aufbauten, so hätte man den Klub um ein Drittel reduziert. Ich weiß aus eigener Beobachtung und Erfahrung, daß eine starke Minorität der Stammgäste der „Autonomie“ von kontinentalen Regierungen bezahlt und gehalten wurde. Ich könnte Namen nennen, aber aus öffentlichen Gründen thue ich das nicht.“

„Die Folge war, daß die klügsten unter den ausländischen Flüchtlingen die „Autonomie“ nicht besuchten. Nur selten konnte man da Krapotkin, Stepania oder Wolkowsti sehen. Louise Michel kam zuweilen, aber wir hielten sie nicht für besonders gefährlich. Sie hatte gewiß ihre revolutionären Projekte gegen Frankreich — die natürliche Folge ihrer Verbannung nach Neu-Kaledonien — aber gegen unsere Regierung hegte sie keine besondere Feindschaft; übrigens wußte sie, daß ihre und ihrer Genossen ungefehlte Handlungen das Aylrecht hätten gefährden können.“

„Ich selbst“, sagt Mc Intyre weiter, „pflegte unter den Anarchisten meine Kundschafter zu haben, denen ich für ihre Dienste zahlte. . . Ich bin im Besitze eines Briefes von einem Mitgliede der „Autonomie“, in welchem er mir anzeigt, daß er mit einigen Anarchisten Dynamitbomben fabriziren und mir über Zeit und Ort Mittheilung machen könnte, um mich in den Stand zu setzen, einen „wichtigen Fang zu machen.““

Wahrlich, die Herren von der „Autonomie“ haben ein Recht, auf ihre Mitglieder stolz zu sein und tapfer auf die deutsche Sozialdemokratie zu schimpfen. Solche Revolutionäre haben wir wirklich nicht aufzuweisen. (Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 4. Mai.

84. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Dr. von Büttcher, Staatssekretär Nieberding.

In dritter Lesung steht zunächst zur Verhandlung der Gesetzentwurf, betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt.

In der Generaldiskussion bemerkt

Dr. Meyer-Halle (FVg.), er halte das Gesetz im Allgemeinen für ein recht gutes, ebenso wie das über die Verhältnisse der Flößerei. Freilich hätte er manche Bestimmung anders gewünscht, aber er glaube, daß solche Bedenken Niemanden veranlassen werden, gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Auch die Sozialdemokraten müßten die Gesetze als einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand anerkennen. Entgegen einer noch in den letzten Tagen eingegangenen Petition müsse er in der Generaldiskussion betonen, daß in beiden Gesetzen das Bestreben sich deutlich zeige, die Lasten von den schwächeren auf die stärkeren Schultern abzuwälzen.

Gamp (WP.) weist die in der zweiten Lesung vom Abg. Zimmermann gegen die Firma Cäsar Wolleim gemachten ehrenrührigen Angaben, daß sie in gewinnsüchtiger Absicht einen Ring gebildet habe, daß sie bedeutende Berliner Kohlenhandlungen angekauft habe, um unter deren Firma Geschäfte zu machen, als vollständig unbegründet zurück.

Gerisch (SD.) kam sich dem Urtheil des Abg. Meyer, daß die Gesetze einen großen Fortschritt bedeuteten, nicht anschließen. Die Schiffer betrachteten es nicht als solchen, denn noch kürzlich sei eine mit Tausenden von Unterschriften versehene Petition an den Reichstag gelangt, in der eine erneute Kommissionsberatung gefordert werde. Da Anträge auf Abänderung aber keine Aussicht auf Annahme hätten, verzichteten seine Freunde auf die Einbringung von solchen, müßten aber zu ihrem Bedauern gegen das ganze Gesetz stimmen.

Damit schließt die Generaldiskussion. In der Spezialdiskussion werden die §§ 1—3 debattellos angenommen.

Zu § 4 (Haftung des Schiffseigners) beantragt Dr. Stephan u. Reuthen (F.) die Streichung des von der Kommission eingefügten Satzes:

„Der Schiffseigner haftet jedoch, auch wenn er das Schiff selbst führt, für einen durch fehlerhafte Führung des Schiffes entstandenen Schaden ausschließlich mit Schiff und Fracht, es sei denn, daß ihm eine bössliche Handlungsweise zur Last fällt.“

Staatssekretär Nieberding bittet das Haus, diesem Antrag zu entsprechen. Die Bedenken, die er gegen diesen Satz bereits in zweiter Lesung vorgetragen habe, seien sehr schwerwiegend, die verbündeten Regierungen könnten auch nach dem Beschluß zweiter Lesung von dem Bedenken nicht abgehen. Sie könnten die Verantwortung für die Statuirung eines solchen Rechtsgrundsatzes nicht übernehmen, da durch denselben eine Rechtsungleichheit zwischen Schiffseignern und Untergebenen geschaffen werde. Er bitte den Antrag Stephan anzunehmen.

Platz (WP.) ersucht, den Beschluß zweiter Lesung, der auf grundsätzlicher Erwägung beruhe, aufrecht zu erhalten.

Penzmann (FVp.) bezeichnet den Beschluß zweiter Lesung als eine Rechtsungehörigkeit, als allen sonst geltenden Rechtsgrundätzen widersprechend. Das Recht werde dadurch geradezu in Unrecht verwandelt. Er befürworte deshalb den Antrag Stephan.

Meyer (S.) will den Beschluß zweiter Lesung aufrecht erhalten wissen. Die Kommission, welche ihn vorgeschlagen habe, mit ihm besonders die Interessen der kleinen Schiffer wahrnehmen wollen.

Fehr. von Langen (F.) erklärt, seine politischen Freunde würden geschlossen für Aufrechterhaltung des angeführten Satzes stimmen.

Unter Ablehnung des Antrages Stephan wird § 4 unverändert angenommen. Ebenso debattellos die §§ 5—22.

Bei § 23 (disziplinares Verhältnis zwischen Schiffer und Schiffsteuten) weist

Schall (F.) darauf hin, daß die Kommission nach Kräften bestrebt gewesen sei, die kleinen Leute zu schützen; er hätte es gern gesehen, daß den Schiffsteuten auch die Sonntagsruhe gewährt worden wäre, aber das sei in dem Umfange, in dem die Sozialdemokraten es verlangt hätten, zur Zeit nicht durchführbar. Er hoffe aber, daß den Schiffsteuten recht bald wenigstens ein gewisses Maß von Sonntagsruhe werde gewährleistet werden können.

Dr. Meyer-Halle meint, das Haus sei augenblicklich ganz außer Stande, die Tragweite eines solchen eingegangenen Antrages Gerisch, betreffend die Einführung einer regelmäßigen Nacht- und Sonntagsruhe für Schiffer, vollkommen zu übersehen und bittet zunächst bezüglich dieses Antrages zu entscheiden.

Der Antrag Gerisch findet nur Unterstützung seitens der anwesenden Sozialdemokraten und einiger Mitglieder des Bundesraths, kann also, da die Unterstützung nicht durch 30 Mitglieder erfolgt, nicht zur Verhandlung gelangen.

Meyer (SD.) bemerkt, daß die Generalversammlung der deutschen Schiffer sich für die Einführung der Sonntagsruhe ausgesprochen habe, ebenso für eine genügende Nachtruhe. Eine sechsstündige Nachtruhe sei das Mindeste, was die Schiffer für sich in Anspruch nehmen müßten.

Dr. Hahn (WP.) erwidert, auch andere Parteien, als die Sozialdemokraten, wüßten den Schiffern die nöthige Ruhe zu erkennen, aber sie seien der Ansicht, es müßten zunächst statistische Erhebungen stattfinden. Deshalb habe sich die Kommission zunächst auf eine Resolution beschränkt.

Singer (SD.) giebt zu, daß andere Parteien die seinige durch platonische Liebeserklärungen für die Arbeiter zu überbieten suchen, stellt aber fest, daß seine Partei die einzige sei, welche praktisch etwas für die Arbeiter zu erreichen suche.

Dr. Hahn bestreitet, daß seine Parteigenossen sich auf platonische Erklärungen beschränken, sie hätten wiederholt Anträge zu Gunsten der Arbeiter gestellt, die Sozialdemokraten hätten denselben aber nicht zugestimmt. Das stelle er hiermit fest.

§ 23 wird darauf unverändert angenommen, ebenso debattellos die §§ 24—52.

Zu § 53 (Wohlfahrt) beantragt

Basermann (WP.) folgenden Zusatz: Der Frachtführer ist nicht berechtigt, von mehreren Absendern gleichzeitig für denselben Tag das Liegegeld mehrfach zu beanspruchen. Scheimrath Hoffmann erklärt sich mit diesem Antrage einverstanden, da er nur eine Konsequenz eines entsprechenden, in zweiter Lesung zu § 38 angenommenen Zusatzes sei.

§ 53 wird mit dem Antrage Basermann angenommen. Ebenso gelangen debattellos die §§ 54 bis 59 zur Annahme.

Zu § 60 (zulässiges Mindermaß oder Mindergewicht) beantragt

Gamp eine Aenderung dahin, daß den Zentralbehörden der Bundesstaaten die Festsetzung des zulässigen Mindermaßes oder Mindergewichtes überlassen wird.

Röske (WP.) stimmt dem Antrage Gamp zu, indem er eine Verbesserung der Beschlässe zweiter Lesung sei.

Meyer (SD.) befürwortet von der Zulassung eines Mindermaßes oder Gewichtes demoralisirende Wirkungen für den Handelsstand.

§ 60 wird mit dem Antrage Gamp angenommen. Debattellos gelangen die §§ 61—78 zur Annahme.

Zu § 79 (Verschulden der großen Havarie) beantragt

Gerisch (SD.), daß eine Haftung nicht eintreten solle wegen eines Irrthums in der Wahl des Fahrwassers, aber in den zur Führung des Schiffes zu ergreifenden Maßregeln.

Scheimrath Hoffmann hält eine solche Bestimmung hier für ganz verfehlt. Er hätte zu dem Paragraphen gestellt werden müssen, der allgemein von der Haftpflicht handle.

Dr. Hahn hält dieses Bedenken nicht für ausschlaggebend und unterstützt den Antrag Gerisch.

Der Antrag Gerisch wird abgelehnt, § 79 unverändert angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

In der Gesamtabstimmung wird alsdann das ganze Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Der Gesetzentwurf, betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Flößerei wird auf Antrag des Abg. Platz in dritter Lesung unverändert nach den Beschläffen der zweiten Verhandlung im Ganzen angenommen.

Es folgen Berichte der Petitionskommission.

Eine Petition auf Reform der Zuckersteuer, Besteuerung des Saccharins usw., sowie Petitionen auf Abänderung des Unfallversicherungsgesetzes werden dem Reichsanwalt als Material, eine Petition betr. Ausdehnung der Gewerbegerichte zur Erwägung überwiesen. Petitionen auf Abänderung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes und auf Ausdehnung der Gewerbegerichte auf ländliche Arbeiter und Dienstboten werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Präsident Fehr. v. Bülow schlägt vor, die nächste Sitzung am Montag um 1 Uhr abzuhalten mit folgender Tagesordnung: Antrag Auer, betr. Vereins-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit; Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Büttcher (WP.); Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes.

Richter (FVp.) beantragt, den Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten v. Dziewowski (WP.), die in der Kommission für ungültig erklärt worden sei, mit zur Verhandlung zu stellen, um zu verthäten, daß derselbe zur Umsturzvorlage noch sein Votum abgeben könne.

Präsident Fehr. v. Bülow will diesem Gesuchen nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte Folge leisten und schlägt vor, den genannten Kommissionsbericht mit auf die Tagesordnung zu setzen, wenn aus dem Hause kein Widerspruch erfolge.

v. Staudy (F.) erhebt Widerspruch dagegen und bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Der Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von nur 102 Mitgliedern. Das Haus ist somit nicht beschlußfähig. Nach der Geschäftsordnung setzt in Folge dessen der Präsident die Tagesordnung fest, wie folgt:

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr (Antrag Auer, betreffend Versammlungsfreiheit; Abstimmung über die Wahl des Abgeordneten Böttcher; Wahlprüfung, betr. die Wahl des Abg. v. Dzierzowski; Antrag Rickert, betr. Aenderung des Wahlgesetzes). Schluß 4 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Bundesrath hat in der am 2. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung dem Gesetzentwurf, betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Marine vom Feldwebel abwärts, dem Gesetzentwurf, betr. die Gewährung von Beistand bei der Einziehung von Abgaben und Geldstrafen, sowie dem Entwurf von Bestimmungen zur Ergänzung der Beschlusstafel für die Prüfung von Läufen u. für ein Einzelgeschloß die Zustimmung erteilt. Die Vorlage, betr. die Abänderung des Formulars zu den Schiffszertifikaten wurde den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Außerdem wurde ein Antrag auf zollfreien Einlaß der von der Amsterdamer Ausstellung für Hotel- und Reisewesen zurückgelangenden Güter genehmigt und über eine größere Anzahl von Eingaben in Zoll- und Steuer-Angelegenheiten Beschluß gefaßt.

Dem Bundesrath wird in diesen Tagen ein zweiter Nachtrags-Etat für das Etatsjahr 1895/96 zugehen, worin unter Anderem die Unterhaltungskosten für den Nord-Ostsee-Kanal festgesetzt sind.

Die Reichstagskommission zur Vorberathung des Antrages v. Heyl, betr. die Kündigung des Handelsvertrages mit Argentinien, setzte Donnerstag ihre Berathung fort. Eine Abstimmung wurde noch nicht vorgenommen.

In der Justizkommission des Reichstages ist zur Justiznovelle ein neuer § 235 a der Strafprozessordnung angenommen, wonach dem freigesprochenen Angeklagten vorweg die Kosten der Rückreise aus der Gerichtsstätte zu zahlen sind.

Eine Vertagung der Reichstagsession vom 27. Mai ab bis zum Herbst gewinnt immer mehr an Wahrscheinlichkeit. Die unerledigten Vorlagen würden alsdann in demjenigen Stadium verbleiben, in dem sie sich am 27. Mai befinden, derart, daß neue erste Lesungen nicht stattzufinden brauchen und die Kommissionen die Verhandlungen an demjenigen Punkt wieder aufnehmen, wo sie dieselben unterbrochen haben. Der „Voss. Jtg.“ zufolge sollen bis zur Vertagung noch erledigt werden die Umsturzvorlage und wenn möglich auch die Branntweinsteuer, die noch in der Kommission steht. Die Zuckersteuer und die Börse reformvorlage will man noch in die Kommission verweisen.

Ulm. Amtliches Wahlergebniß der am 30. April im 14. württembergischen Wahlkreise stattgehabten Reichstagswahl. Es wurden insgesamt 14 605 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Ehmann (N.) 6516, Hähule (Demokrat) 6025, Dietrich (SD.) 2016 Stimmen. Es ist mithin eine Stichwahl zwischen Ehmann und Hähule möglich.

Reinscheid. Amtliches Wahlergebniß. Bei der am 30. April stattgehabten Stichwahl im Wahlkreise Düsseldorf-Vennep-Mettmann-Reinscheid wurden insgesamt abgegeben 30 901 Stimmen. Davon erhielten Fischbeck (Fg.) 15 765, Meist (SD.) 15 138 Stimmen. Fischbeck ist somit gewählt.

Zu einer „That“ haben sich am Donnerstag die Berliner Stadtverordneten aufgerafft. Sie lehnten die Magistratsvorlage, betr. die Bewilligung eines Beitrages von 300 000 Mark für die Kaiser Wilhelm- und für die Kaiser Friedrichs-Gedächtniskirche ab.

Warum die Freikonservativen die Umsturzvorlage ablehnen, erläutert die „Post“: Erstens — man lache nicht — weil die Strafbestimmungen in der Kommission zu sehr abgeleicht sind, theils auch ursprünglich schon völlig unzureichend waren (es fehlten allerdings die Verbannung und die Todesstrafe für einige Delikte!), zweitens wegen der Klerikalisierung.

Der Fall Arons. Der preussische Polizeiminister, er der Berufene, ergreift nun das Wort zu der geheimnißvoll betriebenen Aenderung der Universitätsverfassung. Herr v. Koller schreibt in seiner Berliner Korrespondenz:

„In dem Falle des Berliner Privatdozenten Dr. Arons handelt es sich nicht, wie einzelne Blätter glauben machen wollen, um eine Aenderung der Universitätsverfassung, um einen Angriff auf die Befreiheit und was dergleichen Schrecknisse und Fährlichkeiten mehr sind, sondern, wie neulich schon die „Nat.-Ztg.“ richtig bemerkt hat, lediglich um die Frage, ob es einem im übrigen einwandfreien Universitätslehrer erlaubt sein soll, als Mitglied der sozialdemokratischen Parteiorganisation in sozialdemokratischen Versammlungen agitatorisch hervorzutreten. Diese Frage liegt gegenwärtig der philosophischen Fakultät als der zunächst in Betracht kommenden Disziplinbehörde vor. Sobald sie sich zur Sache geäußert hat, wird der Unterrichtsminister die ihm zweifellos zustehende endgültige Entscheidung treffen. Wenn es nicht darauf ankommt, unnütze Aufregung und Verwirrung hervorzurufen, wird gut thun, diese Entscheidung und deren Begründung abzuwarten.“

Der einwandfreie, von der philosophischen Fakultät der Universität Berlin schon vor drei Jahren zu einer außerordentlichen Professur vorgeschlagene Universitätslehrer soll also, wenn der von sehr, sehr hoher Stelle gelenkte Wille der Regierung durchgeht, gemäßregelt, die Fakultät soll zu Polizeihütteldiensten degradirt werden.

Wie die „S. B.“ von unterrichteter Seite erfährt, hat bereits eine Sitzung der Fakultät stattgefunden die zu dem Ansinen des Ministers Stellung nehmen sollte.

Ein Recht auf den Eingriff hat der Kultusminister, der wie gesagt unter eisernem Zwange vorwärts geht, überhaupt nicht. Nach preussischen Ministerialerlassen aus den achtziger Jahren hat der Privatdozent in Preußen keinerlei Beamtenqualität.

Es handelt sich nur um die Schaffung eines Präcedenzfalles bei dem ausgesprochenen Sozialdemokraten, anderes hat man in Betto, wie wir aus besser wissen.

Die Fakultät soll einen Mann, dessen Ehrenhaftigkeit und wissenschaftliche Bedeutung unbestritten sind, wegen seiner außerhalb des Hörsaals geliebten, jedem Bürger verfassungsmäßig zustehenden politischen Thätigkeit verfolgen, sie soll die unerhörteste Tendenzforschung üben und über die Gesinnung zu Gericht sitzen.

Macht geht vor Recht. Wird aber wirklich die Hochschule sich zu diesem Staatsstreich ergeben und die üblen Geschäfte der Reaktion besorgen?

Der Experimentalphysiker Arons, ein Lieblingschüler des großen Forschers Kundt, ist einer der befähigtesten unter den jüngeren Gelehrten seines Fachs, seine Arbeiten sind in den Veröffentlichungen der Berliner Akademie der Wissenschaften veröffentlicht, seine Erfindungen werden in der physikalischen Reichsanstalt und auch in anderen Laboratorien erfolgreich benutzt.

Thut nichts, der Sozialdemokrat soll gekollert werden. Wird die Fakultät nach einigem Sträuben nachgeben, oder wird die Verwaltung mit Uebergehung der akademischen Organe sich eventuell durch eine Kabinettsordre des unbequemen Mannes auf eigene Hand entledigen? Berlin ist die Hochschule, die die Maßregelung Dührings ertrug und einen Schweninger sich aufzwingen ließ. Es ist eben ein eigen Ding um den Trotz des deutschen Professors, von dem Herr v. Treitschke so bombastisch zu singen und sagen mußte.

Die württembergische Kammer nahm mit 56 gegen 24 Stimmen den Antrag der Volkspartei gegen die Umsturzvorlage an. Ministerpräsident Mitnacht erklärte, die württembergische Regierung könne sich für die Abstimmung im Bundesrath nicht öffentlich binden, sie habe aber schwere Bedenken, wenn der Reichstag die Kommissionsfassung annehme.

Einen nicht unwesentlichen Erfolg hat die Sozialdemokratie in Hessen in Folge ihrer unermüdelichen Agitation zu verzeichnen. Als im Jahre 1885 in Mainz die beiden ersten Sozialdemokraten in die zweite hessische Kammer gewählt worden waren, beantragten sie bald nach ihrem Eintritt in die Kammer die Aufhebung der lästigen Bestimmung des Artikels 13 der hessischen Städteordnung, wonach jeder ortsfremde Wähler, wenn er von seinem Wahlrechte Gebrauch machen wollte, ein Jahr vorher bei der Bürgermeisterei seines Wohnortes eine dahingehende Erklärung abgeben mußte. Der Staatsminister Finger, die Rational-liberalen und auch die Ultramontanen erklärten sich damals gegen den Antrag unserer Genossen Böst und Ulrich und der Staatsminister Finger betonte dabei besonders, die Aufhebung der Bestimmung würde nur den „destruktiven Elementen“ der großen Städte Vorschub leisten. Das genügte vollständig, um den sozialdemokratischen Antrag in Grund und Boden zu stämmen. Nun agitirten die sozialdemokratischen Wahlkomitees in den hessischen Städten fleißig unter den Genossen, damit sie die in Rede stehende Erklärung den Bürgermeistereien abgaben. Auf diese Weise wurde der Vorsprung der gegnerischen Parteien, der sich hauptsächlich auf die Ortsbürger stützte, für die jene Bestimmung nicht bestand, zum Theil ausgeglichen oder wie beispielsweise in Mainz überholt. Bei Beginn der gegenwärtigen Landtagsperiode stellten nun unsere Genossen in der Kammer abermals den Antrag auf Beseitigung der lästigen Bestimmung und siehe da: diesmal stimmte die Kammer zu und zwar einstimmig. Die direkte Folge dieses Beschlusses war eine Gesetzesvorlage der Regierung, wonach die Bestimmung des Art. 13 der Städteordnung aufgehoben wird. Die Vorlage wurde von der Kammer einstimmig angenommen und wird schon bei den nächsten Wahlen, die im Herbst dieses Jahres vor sich gehen, Anwendung finden. Dieser Erfolg ist zugleich ein Triumph der Organisation und Disziplin unserer Partei oder, wie der Herr Staatsminister Finger sich im Jahre 1885 auszudrücken beliebte, der „destruktiven Elemente“.

In Folge unerträglicher Mißhandlung hat sich der Soldat Bauer von der Garnison in Gera in der Nacht zum letzten April erhängt. Der Verstorbene hatte sich, mit guten Zeugnissen versehen, im vorigen Herbst freiwillig gestellt. Zu Hause klagte er über die schlechte Behandlung, welche ihm durch den Unteroffizier Erbs zu Theil wurde, eine Behandlung, die ihn das Leben kaum noch ertragen lasse; aber stets war ihm gut zugeredet worden. Von dem Todesfalle erfuhren die Eltern, die Schmiedefamilie Bauer, erst durch die „Geraer Zeitung“. Die Mutter begab sich nun sofort zum Feldwebel, der ihr die traurige Thatsache bestätigte und ihr noch auf Befragen sagte, daß ihr Sohn einen Brief an seinen Hauptmann hinterlassen, worin er den Unteroffizier Erbs als den Urheber seines Lebensüberdrußes bezeichnete. Erbs befindet sich bereits in Arrest.

Schweiz.

Zürich. Bei den am 29. April erledigten Gemeindevahlen hat die sozialdemokratische Partei nicht nur ihre bisherigen vierzehn Sitze im Großen Stadtrath behauptet, sondern noch vier neue dazu gewonnen.

Oesterreich-Ungarn.

Baron Banffy, der ungarische Ministerpräsident, hat im Parlament über die Reise des päpstlichen Nuntius Agliardi nach Ungarn Beschwerde geführt. Agliardi hat der katholischen Volkspartei, die der Regierung zu schaffen macht, Vorschub geleistet. Darob großer Ärger! Kalnoky, der gemeinschaftliche Minister Oesterreich-Ungarns für die auswärtigen Angelegenheiten, ist über Banffy sehr verchnupft und hat dagegen in einer Note protestirt. Man munkelt von einer Krise. Banffy ist nach Wien gereist, um dem Kaiser die Demission des ungarischen Ministeriums zu unterbreiten.

Rußland.

Die Goldwährung. Die russische Regierung scheint die Einführung der Goldwährung zu planen. Rußland hat jetzt Papierwährung, da der Silbercrupe längst aus dem Verkehr verschwunden ist. Rußland folgt also dem Beispiel Oesterreich-Ungarns. Und unsere Doppelwährungsritter laufen gegen das gute deutsche Währungswesen Sturm? Daß das Vorgehen Rußlands die Aussichten der Bimetallisten noch verschlechtert, ist klar. Wozu also eigentlich die Münzkonferenz! Ganz besonders unbequem muß die gemeldete Thatsache unseren Agrariern werden, denn diesen wird ein Hauptbeweisgrund dadurch zerstört, nämlich die Behauptung, daß der deutsche Acker- oder genauer Körnerbau den Wettbewerb mit Ackerbaustaaten, die eine unterwertige Währung haben, wie namentlich Rußland, nicht aushalten könne. Denn den vorliegenden Anzeichen zufolge scheint Rußland willens zu sein, auf diesen vermeintlichen Vorsprung freiwillig zu verzichten, was es doch wohl schwerlich thun würde, wenn es der Meinung unserer agrarischen Kreise über die Vortheile seiner Papierwährung für seine Wirthschaftsthätigkeit wäre. Vor der Hand erstreckt sich allerdings, wie die Petersburger Nachricht der Nowoje sagt, die Erlaubniß, Geschäfte in Gold abzuschließen, nicht auf den Bürger- und Bauernstand, bald soll es aber auch gestattet werden, die Zucker- und Naphtha-Accise, später auch andere Zahlungen an die Krone in Gold zu entrichten. Man kann daher, sagt die Kölnische Zeitung, von vorbereitenden Schritten zur Einführung der Goldwährung sprechen.

Lübeck und Umgegend.

6. Mai.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag den 13. Mai 1895, Vormittags 10 Uhr, im Bürgerchaftssaale statt. Auf der Tagesordnung steht: Erwählung von Wahlbürgern für die Wahl eines Senatsmitgliedes.

Von der Entscheidungs-Kommission. Die zur Schlichtung des Konflikts zwischen Senat und Bürgerchaft eingesetzte Entscheidungs-Kommission hält, nach dem „S. F.“, täglich stundenlang Sitzungen ab, natürlich hinter fest verschlossenen Thüren.

Eintragung in das Handelsregister. Am 4. Mai 1895 ist eingetragen: auf Blatt 1738 bei der Firma Nachmann u. Maganus. Die Zweigniederlassung in Lübeck ist erloschen.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamte angenommen worden: A. Albers, Kaufmann. D. C. H. Wandholz, Hufner. P. H. Bernhard, Höker. J. F. W. Blende, Handschuhfabrikant. A. H. A. Vollmann, Arbeiter. F. W. Busch, Apotheker. G. D. W. Christeinicke, Kaufmann. D. F. A. Feuerbaum, Buchhalter. W. F. C. Frederstorff, Schuhmacher. J. W. J. Gerden, Schlossermeister. J. F. W. Gerden, Kaufmann. J. J. H. Kahns, Hufner. G. H. H. Knorr, Gast- und Schankwirth. C. W. G. Lübeck, Malermeister. R. F. H. Matthies, Arbeiter. C. F. Chr. Ditlo, Malermeister. C. W. Chr. Pfenning, Glasermeister. Chr. F. Rath, Dekonom. J. H. Reimers, Kaufmann. H. H. Chr. Russ, Kassenbeamter am Schlachthause. P. St. A. Saley, Tapezier und Dekorateur. H. J. Schütt, Tischlermeister. J. F. Sorgler, Kataster-Assistent. J. C. Th. Stech, Kaufmann. — Dieselben haben am 24. April 1895 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

Fundsachen. Im Monat April d. Js. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Broden, Hüte, Gardinenhalter, Messer, Geldbörsen, Schirme, Stöcke, Pantoffeln, ein Perpendikel, Haarpfeil u. v. a.

Die Kugel des Burghorthurnes ist Sonnabend Morgen durch den Mechaniker Ruperti wieder aufgebracht, nachdem sie neu vergoldet ist.

Ueber den Handel mit weißen Mädchen von Helsingfors über Lübeck ging im Anfang d. Js. eine Notiz durch die Presse Deutschlands. Auch wir nahmen seiner Zeit von dieser Notiz Kenntniß und forderten energische Untersuchung. Jetzt erklärt die „S.-B.“, welche in Polizeisachen das Amtsblatt erseht, daß die Erhebungen, welche unsere Polizeibehörde inzwischen angestellt hat, jetzt abgeschlossen sind und ergeben haben, daß an der ganzen Sache kein wahres Wort ist. Es ist weder ein Comptoir in Helsingfors geschlossen worden, noch sind von dort aus über Lübeck Mädchen verschickt worden. Man nimmt in Helsingfors an, daß die durchaus einwandfreie Engagirung eines Dienstmädchens sensationelle Kreise zu obigen Entstellungen Anlaß gegeben hat.

Einem Bäcker, „knecht“ wurde am Montag in der Lindenstraße, wo er Brod abzugeben hatte, inzwischen der ganze Wagen fortgenommen. Später fand sich der Wagen in der Jakobstraße wieder an, jedoch fehlte ein Weißbrod sowie ein Blechkasten mit Zwieback und Semmel.

Ein Schadenfeuer von geringeren Umfang entstand in der Nacht zum Mittwoch in einem Hause an der Wakenhauer dadurch, daß die Frau eines Schneiders einen Dellappen, mit dem sie am Tage vorher das Zimmer geblät hatte, auf dem Vorplatze hatte liegen lassen. Durch irgend welche Umstände, welche der Polizeibericht nicht näher erwähnt, hatte der Lappen Feuer gefangen und bereits Fußboden und Treppe angefangen. Das Kind weckte durch Geschrei die Frau auf, und so konnte denn das Feuer noch im Entstehen gelöscht werden.

In der neuen Markthalle wurde einem Monteur ein Loth sowie ein Paket Dichtungen gestohlen.

Ein neuer Unglücksfall, an welchem wiederum die elektrische Straßenbahn Theil hat, trug sich am Sonnabend Mittag, kurz nach 12 Uhr, in der Mühlenstraße zu. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes wurde der Fuhrmann Rönnpage aus Krummesse von einem Straßenbahnwagen überfahren. R. gerieth unter das Perronblech des Wagens, welcher darauf sofort zum Stehen gebracht wurde. Man brachte R. dann in die Haack'sche Wirthschaft, wo ihm Dr. Wigger die erste Hilfe leistete. R. hat zwei Rippen gebrochen und erhebliche Quetschungen an Kopf und Auge davongetragen. Mittelfst Tragforbes wurde R. dann in das Krankenhaus geschafft, seinen Wagen fuhr ein Arbeiter nach Krummesse zurück.

— Mit Ausnahme des Generalanzeigers, der für diesen Unglücksfall kein Wort der Entrüstung übrig hat — jedenfalls auf seine Unparteilichkeit (???) zu wahren — fordern die andern hiesigen bürgerlichen Zeitungen die Anstellung von Kondukteuren. Die „E. Z.“ nimmt sogar einen antikapitalistischen Standpunkt ein, und erinnert an die hohen Dividenden. Diese „Entrüstung“ steht Blättern vom Schlage der „L. N.“ und „E. Z.“ sehr gut an. Nachdem bereits so und so viele „Kinder in den Brunnen gefallen sind“, fordert man endlich ganz rabiat Abhilfe. Wir befürchten, daß es Kondukteure allein nicht thun. Auch wenn solche eingestellt wären, würden die Unglücksfälle nicht aufhören. Mein, was Noth thut, ist: Verkürzung der Arbeitszeit auf mindestens neun Stunden (acht Stunden wollen wir noch gar nicht fordern) für die Wagenführer, und außerdem noch Kondukteure. Wir haben bereits im Laufe des vorigen Jahres darauf hingewiesen, wie anstrengend der Dienst ist und wie lange die Arbeitszeit an der Straßenbahn dauert. Von einem Manne, der ca. 16 Stunden vorne auf dem Perron stehen muß, kann man nicht mehr die genügende Achtsamkeit verlangen. Damals ist kein hiesiges Blatt für unsere Forderung eingetreten. Hoffentlich sind die vielen Opfer jetzt der Ansporn (leider!) dazu, daß die Arbeitszeit verkürzt wird, und die Unglücksfälle werden sich bedeutend vermindern, wenn nicht gar ganz aufhören.

Kartellversammlung. Im Lokale des Herrn Neumann fand am Freitag Abend eine Kartellversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung, 2. Waimarken, 3. Statistik über die Sonntagsruhe, 4. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde vom Vertrauensmann verlesen, und betrug die Einnahme im ersten Quartal 1895 43,10 Mark, die Ausgabe 42,66 Mark, bleibt also ein Ueberschuß von 44 Pfennig für das nächste Quartal. Zur Prüfung der Abrechnung wurden zwei Revisoren gewählt, welche in der nächsten Kartellversammlung über die Revision zu berichten haben. Der Antrag betreffs der Waimarken wurde von 13 Gewerkschaften angenommen, 6 waren gegen denselben und 5 hatten noch keine Stellung zu demselben genommen. Es wurde dann beschlossen, nur Marken zu 50 und 25 Pfennig anzuschaffen, da mit diesen Marken allen Anforderungen genügt werden könne. Vom Vertreter der Maurer wurde beauftragt, die Kartellversammlung mit dem 1. August zu schließen. Es wurde darauf beschlossen, daß die Gewerkschaften bis zum 1. August über die Kartellversammlung mit dem Vertrauensmann abgerechnet haben müssen. Zur Statistik über die Sonntagsruhe wurde ausgeführt, daß eine solche Statistik wohl sehr wichtig sei, aber auch ziemlich kostspielig werde. Es wurde beschlossen, über diese Angelegenheit zunächst in den einzelnen Gewerkschaften zu berathen. Unter Verschiedenes wurde über die Veranlassung des Regulativs berichtet. Es wurde von der Mehrzahl der Delegirten angesetzt, daß ihre Gewerkschaften kein Regulativ besitzen. Durchberathen hatten das Regulativ nur wenige Gewerkschaften. Es wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche bis zur nächsten Kartellversammlung das Regulativ durchzuberathen hat. Der Vertreter der Maurer fragt an, wie es mit dem Streit der Maler stehe. Vom Vertreter der Maler wird berichtet, daß derselbe verlag sei. Auf eine Anfrage des Vertrauensmannes, ob man in diesem Jahre einen Gewerkschaftsausflug unternehmen wolle, wurde beschlossen, die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Kartellversammlung zu setzen. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Schöffengericht. Sitzung vom 3. Mai. Zu 3 Tagen Gefängniß wird die Dienstmagd K. wegen Diebstahls verurtheilt. Sie eignete sich von einem Nebenmädchen, mit welchem sie nur einen Tag zusammen arbeitete, zwei Schürzen an. — Wegen Beleidigung eines Postbeamten, welcher bei ihm einen eingeschriebenen Brief zu bestellen hatte, hatte sich der Kaufmann H. von hier zu verantworten. Das Gericht verurtheilt ihn, weil er die beleidigenden Aeußerungen zum Theil selbst zugeibt, in eine Geldstrafe von 30 Mk. event. 5 Tage Haft. — Von seinem Lehrmeister hatte der Malerlehrling L. Geld zu einer Kiste Cigarren erhalten. Er holte jedoch die Cigarren auf eine zu diesem Zweck früher erhaltene Karte und verbrauchte das Geld für sich. Er wird wegen Unterschlagung zu einem Tag Gefängniß verurtheilt. — Eine Art hat der Arbeiter St. im vorigen Sommer von dem Arbeiter Lenz aus Absfelde geliehen und nicht wieder abgeliefert. St. will die Art von Lenz geschenkt bekommen haben. Die Angabe steht jedoch im Widerspruch mit der des Zeugen. Das Gericht verurtheilt ihn wegen Unterschlagung zu 3 Tagen Gefängniß. — In den Zentralkarren geriethen die Maurergefellen B. und G. in Streit, welcher auf dem Nachhausewege in eine Schlägerei ausartete. B. schien jedoch hietmit noch nicht zufrieden zu sein. Er ließ sich von seinem Kollegen ein Messer geben und versetzte dem G. mit demselben mehrere recht gefährliche Stiche in den Rücken. B. will so betrunken

gewesen sein, so daß er sich des ganzen Vorfalles nicht mehr erinnern kann. Das Gericht verurtheilt ihn wegen gefährlicher Körperverletzung zu 5 Monaten Gefängniß und spricht gleichzeitig gegen den Angeklagten einen Haftbefehl aus. Von der Staatsanwaltschaft war nur ein Monat beantragt. — Wegen Unterschlagung hat sich der Auktionator F. zu verantworten. Er hat für einen Tischlergefallen von hier Mobilien verauctionirt und den Betrag von 71 Mk. bis jetzt noch nicht abgeliefert. Da die Sache noch nicht genügend aufgeklärt ist, wird die Verhandlung ausgesetzt.

Strassammer. Sitzung vom 4. Mai. In einer Zeit, wo sich Senat und Bürgerchaft Mühe um die Einführung einer Staatslotterie in Conflict befinden, dürfte eine Verhandlung gegen gewerbemäßige Glücksspieler, wie sie Sonnabend vor der hiesigen Strassammer stattfand, von größtem Interesse sein. Der Kaufmann Jenny Levinson aus Berlin und der Vereiter Herrschel aus Hamburg sahen wegen gewerbemäßigen Glücksspiels auf der Anlagebank. Wegen Begünstigung des Spiels leistete ihnen der Wirth Brügmann (Wächter der Seebadeanstalt Travemünde) Gesellschaft. Die beiden ersten Angeklagten sollen während des Travemünder Rennens am Freitag, den 3. August 1894 in einer Veranda des Kurhauses gewerbemäßig Hazard gespielt haben, der Mitangeklagte Brügmann soll das Spiel geduldet haben. Es sind zu der Verhandlung 14 Zeugen, zum Theil ebenfalls Leute, die im Verdacht stehen, gewerbemäßig zu spielen, geladen. Der Angeklagte Levinson ist bereits 4mal wegen gewerbemäßigen Glücksspiels vorbestraft; das letzte Mal in Lübeck im Jahre 1893 zu 3 Monaten Gefängniß und 1000 Mk. Geldstrafe. Der Vereiter Herrschel ist wegen Eigenthums- und anderer Vergehen mehrfach vorbestraft. Der Wirth Brügmann ist bisher noch nicht bestraft. Levinson und Herrschel geben zu am 1. Renttage in der Veranda die „Lustige Sitten“, mit Würfeln, gespielt zu haben, jedoch suchen sie die Sache ganz harmlos darzustellen. Brügmann dagegen leugnet, das Glücksspiel geduldet oder überhaupt davon gewußt zu haben. Der Angeklagte Levinson ist Kaufmann und will hauptsächlich durch Pferdehandel und Handel mit Pretiosen und Juwelen seine Existenz kräftigen. Er giebt an, daß er alle Rennplätze Deutschlands, Oesterreichs und Ungarns bereise, will jedoch dieselben hauptsächlich der obengenannten Erwerbszweige wegen nur besucht haben. Er giebt zu, leidenschaftlich zu spielen; ein Gewerbe will er jedoch daraus nicht gemacht haben. Levinson ist am Tage vor dem Rennen von Doberan nach Travemünde gekommen und hat nach demselben im Kurhause geessen. Das Essen ist in der Veranda des Kurhauses servirt und wurde dorthin nach dem Essen das Spiel eingeleitet. Der Angeklagte Herrschel ist nach seiner Confirmation in den Circus von Gebr. Wittjoff gekommen, um hier das Reiten zu erlernen. Er ist bis kurz vor seinem Eintritt zum Militär in dem Circus verblieben. Nach seiner Militärzeit ist er 2 Jahre in Dresden und zuletzt 6 Jahre in Hamburg anständig gewesen und wird sich als Pferdedominiar ernährt haben. Er versteuert in Hamburg ein Einkommen von 1500 Mk. und will dieses Einkommen hauptsächlich durch den Pferdehandel verdienen; er giebt aber selbst zu, daß er auf viele Rennplätze komme und den „Totalisator“ als eine Einnahmequelle betrachte. In Travemünde hat er am ersten Renttage beim Totalisator 400 Mk. gewonnen. Beide Angeklagte geben zu Abends gewürfelt und hierbei abwechselnd die Bank gehalten zu haben. Sie wollen jedoch nicht wie die Anklage behauptet bis 5 Uhr Morgens, sondern nur bis 1 Uhr gespielt haben. Auch die Behauptung der Anklage, daß mit starken gespielt (getempelt) worden sei, stellen beide Angeklagte in Bezug auf ihre Personen entschieden in Abrede. Der Angeklagte Brügmann ist seit dem vorigen Jahre Wächter der Badeanstalt Travemünde. Vorher hat er in Hamburg das Hotel „Zu den vier Jahreszeiten“ und den „Englischen Stall“ (eine größere Reitbahn in Hamburg) innegehabt. Als erster Zeuge wird der Polizeikommissar Kempe aus Hamburg vernommen. Derselbe sagt aus, daß Herrschel als gewerbemäßiger Spieler der hiesigen Behörde bekannt sei. Ihn beim Spiel abzufassen, sei bis jetzt noch nicht gelungen. Es sei der Behörde wohl bekannt, daß im „Englischen Stall“ und im „Hotel zu den vier Jahreszeiten“ Hazard gespielt worden sei. Der Kennplatz in Travemünde ist nach den Aussagen dieses Zeugen besonders berüchtigt, weil dort sehr viel und hoch gespielt werde. Es erklärte sich das aus dem Umstande, daß dort die Rennen zu Ende der Saison stattfinden. Der Zeuge Kaufmann Levy aus Hamburg ist in Hamburg mit Herrschel und noch zwei anderen als gewerbemäßige Spieler bekannten Personen im „Englischen Stall“ zusammen getroffen. Von hier aus haben sie sich in ein Restaurant begeben und haben gespielt. Levy hat nach kurzer Zeit seine Baarhaft von 120 Mk. und außerdem noch tausend Mark verpielt. Von dem Spielschulden hat er 500 Mk. bezahlt. Dessen Zeugen ist es vorgekommen, als ob falsch gespielt sei. Es ist ihm aufgefallen, daß er, wenn er niedrig einsetzte, gewann, während er bei höheren Einsätzen regelmäßig verlor. Auch dem Zeugen Uhrmacher Müller aus Hamburg ist es ähnlich ergangen. Auch er traf Herrschel mit noch einem anderen Herrn, welche ihn in kurzer Zeit um 128 Mk. leichter machten. Der Zeuge Bohndiener Kornewitz bekundet, daß gleich nach dem Abendessen gespielt sei. Zunächst sei gewürfelt worden, woher die Würfel gekommen, wisse er nicht. Später sei aber auch mit Karten gespielt. Auch dieser Zeuge sagt aus, daß das Spiel bis 5 Uhr gedauert habe. Er habe, da er für den beim Spiel verzehrten Wein kein Geld erhalten habe, sich an Brügmann mit der Frage gewandt, von wem er Bezahlung verlangen solle. Dieser habe ihm gesagt, er solle sich an den Herrn wenden, der Geld vor sich liegen habe. (Diese Aussage macht der Zeuge erst nach eindringlicher Verwarnung seitens des Präsidenten). In der Vorunternehmung hat er ausgelegt, daß Brügmann ihn an den Bankhalter verwiesen habe. Levinson, welcher in dem Augenblick, wo er, Cornelsen, Bezahlung verlangt, die Bank gehalten habe, bezahlte auch die Bethe in Höhe von 252 Mk. Zeuge Kaufmann Tesorpf sagt aus, daß er den Wirth Brügmann, nachdem er gesehen habe, daß in der Veranda gespielt wurde, dies mitgetheilt habe. Dieser habe ihm erwidert, daß sich die Herrn Wein ausgespielt. Später habe er sich nicht mehr darum gekümmert. Kaufmann Müller kennt Herrschel aus dem „Englischen Stall“. Er hat häufig mit ihm Pferdegeschäfte gemacht. Er hat in Travemünde die Aeußerung gethan, so frech wie dieses Jahr sei in Travemünde noch nie gespielt worden. Ein hiesiger Kaufmann ist mit Herrn Hagenström nach Travemünde gereist. Er bezeugt, daß das Spiel mit einer Uebersetzung über die Chancen beim Wetten begonnen habe. Es sei dann schließlich gewürfelt worden, und Herr Hagenström habe zuerst die Bank übernommen. Es seien ungefähr 8 bis 9 Spieler um den Tisch versammelt gewesen. Er selbst habe wenig und niedrig gesetzt. Kaufmann Bnd aus Hamburg hat sich ebenfalls am Spielt betheiligt. Es sei in Gold und Silber gesetzt worden. Er selbst habe einmal 20 Mk. gesetzt. Auf Befragen des Präsidenten, ob auch in Papier gesetzt sei, sagt er aus, daß es wohl möglich sei, daß er einmal ein 100 Mark-Schein gesetzt habe. Uebrigens sind alle Zeugen sehr zurückhaltend und spielen Aeußerungen wie „das ist wohl möglich“, „das kann wohl sein“, „besser kann ich nicht mehr erinnern“, die Hauptrolle. Der Handlungsgeschäfte Hilow hat im Anfang vorigen Jahres ein Vermögen von 10000 Mark geerbt. Auf Anrathen von Freunden ist er dann auf die Rennen gegangen, um sein Vermögen zu vergrößern. Als er auf das Travemünder Rennen kam, waren die 10000 Mark bereits alle; auch ein Theil von einem noch nachträglich erhaltenen Vermögen, aus dem Erlös für den Verkauf eines Landguts, war ziemlich alle. Der Zeuge hat sich, nachdem er keine Baarhaft verpielt hatte, an Brügmann gewandt und für seine goldene Uhr und Kette hundert Mark auf Pfand erhalten.

Gegen diesen Zeugen schwebt augenblicklich auch noch in Hamburg ein Verfahren wegen gewerbemäßigen Glücksspiels. Kaufmann Hagenström, welcher früher hier ein Geschäft hatte, ist von Lauenburg, wo er jetzt ansässig ist, herübergekommen, um sich das Amt eines Starters anzusehen. Er hat die Würfel in Empfang genommen, wo sie hergekommen sind, weiß er aber nicht. Er hat Anfangs die Bank allein und später mit Levinson zusammen gehalten. Er hat sich von einem hiesigen Kaufmann 200 Mk. und von einem Hamburger Kaufmann 200 Mk. geliehen; er will aber auch am Totalisator verpielt haben. Der Privatier Lempte von hier hat 3-400 Mark verpielt, er behauptet, daß gewürfelt und auch „Meine Tante — deine Tante“ gespielt sei; das Spiel habe bis 4 oder 5 Uhr Morgens gedauert. Leichenbestatter Kunstmann aus Hamburg bekundet, daß er verschiedene Rennplätze Deutschlands besucht hat. Dieser Zeuge ist vom Polizeikommissar Kempe ebenfalls als ein gewerbemäßiger Spieler bezeichnet worden. Er ist außerdem noch Champagner-Agent. Bei der Leichenbestattung will er 2000-2500 Mk. verdienen. Trophem nennt er die Summe von 200 Mk., welche er verpielt hat, „ein Bißchen“. Auch er bekundet, daß bis Morgens 4 oder 5 Uhr gespielt sei. Der Staatsanwalt hält in seinem Plaidoyer sämmtliche Angeklagte für die Last gelegten strafbaren Handlungen für überführt. Auch die Aeußerung Brügmanns, daß er das Hazardspielen nicht gesehen, werde durch die Aussage des Bohndieners K., welchen er, wenn nicht direkt so doch indirekt an den Bankhalter verwiesen habe, widerlegt; er habe gewußt, daß Hazard gespielt werde und habe es geduldet. Er beantragt gegen Brügmann 1000 Mk. Geldstrafe, event. für je 10 Mk. 1 Tag Gefängniß, gegen Herrschel 6 Wochen Gefängniß, 600 Mk. Geldstrafe, event. für je 10 Mk. 1 Tag Gefängniß, gegen Levinson 3 Monate Gefängniß und 1500 Mk. Geldstrafe, event. für je 10 Mk. 1 Tag Gefängniß. Die Verteidiger kamen am Schluß ihrer Verteidigungsreden zu dem Resultat, daß ihre Klienten vollständig unschuldig seien. Alle drei beantragten Freisprechung der Angeklagten. Vorsitzsahaber wurde dann zum Schluß, falls der Gerichtshof sich der Auffassung der Verteidigung nicht anschließen sollte, das Strafmaß als ein viel zu hohes bezeichnet. Der Gerichtshof fällt nach kurzer Berathung folgendes Urtheil: Gegen Levinson wird unter Berücksichtigung seiner Vorstrafen auf 6 Monate Gefängniß und 2000 Mk. Geldstrafe, event. weitere 200 Tage Gefängniß erklart, gegen Herrschel auf 2 Monate Gefängniß und 600 Mk. Geldstrafe, event. weitere 60 Tage Gefängniß, gegen Brügmann auf 800 Mk. Geldstrafe. Bei letzterem konnte strafmildernd in Betracht, daß er noch nicht vorbestraft sei. Erschwerend für ihn sei dagegen, daß in Travemünde in einer unverschämten und frechen Weise gespielt sei, wie sie schimmer nicht gedacht werden könne. Dadurch, daß er das Spiel geduldet habe, habe er die Kur-Badeanstalt Travemünde, die auf das Publikum erster Klasse angewiesen sei, zu einer niedrigen Spielstätte herabgewürdigt. Der Angeklagte Levinson wird, da er wegen der hohen gegen ihn erlassenen Strafe fluchtverdächtig erscheint, auf Antrag des Staatsanwalts sofort in Haft genommen.

Gewerbegericht. Sitzung vom 3. Mai. Vorsitzender: Senator Dr. Schenckburg. Beisitzer: Arbeitgeber Bernhard Arbeitnehmer: Notthmann. Der Maurer D. klagt gegen den Bauunternehmer W., welcher ihn plötzlich entlassen hat, auf Wiedereinstellung in die Arbeit auf 14 Tage. Zwischen beiden Parteien kommt ein Vergleich zu Stande, nach welchem D. bei W. weiter arbeitet. — Gegen den Schneidermeister B. von hier klagt die Wittve U., deren Sohn seit Michaelis 1892 bei B. in der Lehre auf U. Ausbildung des Lehrverhältnisses. Nach den Angaben der Klägerin ist der Lehrling von dem Sohne des Meisters mißhandelt worden. Da die Züchtigung als eine berechtigthe angesehen wird, wurde die Klage abgewiesen. Es wurde, weil die Züchtigung wegen einer gegen die Sittlichkeit verstoßenden Handlung erfolgte, während dieser Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. — Gegen den Ingenieur W. klagt der Arbeiter B. auf eine Lohnforderung von 136 Mk. für 8 1/2 Wochen geleistete Arbeit. W. befreit ganz entschieden, den B. in Arbeit gestellt zu haben; dieser sei vielmehr von einem Schmied H., der zur Einstellung nicht berechtigt war, ohne sein Wissen eingestellt worden. Im Wege des Vergleichs zahlt W. dem B. 20 Mk. — Gegen seinen Schwiegervater, den früheren Bäckermeister F., klagt der Kaufmann D. auf Zahlung einer Forderung von 93,32 Mk. D. ist bei F. als Fischräucherer gegen einen Lohn von 12 Mk. die Woche, freie Wohnung und Kost thätig gewesen. Am 1. April d. Js. wurde die Mäuererei verkauft und macht nun D. noch diese Forderung geltend. F. will mit D. nachträglich ein anderes Lohnverhältnis, nach welchem D. 3 pCt. vom Reingewinn erhalten sollte, vereinbart haben. Da D. aber die Bücher nicht abgeschloffen habe, könne er ihm den auf diese Weise zu berechnenden Lohn nicht auszahlen. D. will auf diesen Lohnmodus nicht eingegangen sein. Bücher habe er nicht führen können, weil das eingehende Geld von seinen Schwiegereltern sofort an sich genommen sei. Da ein Vergleich nicht zu Stande kommt, verurtheilt das Gericht den F. zur Zahlung von 93,42 Mk. Außerdem hat F. die Kosten in Höhe von 2 Mk. zu tragen. — Auf eine Lohnentschädigung von 27 Mk. klagt der Schlachtergeselle Sch. gegen den Schlachtermeister K. Sch. war von K. zum 12. Mai gekündigt worden, aber bereits am 2. Mai entlassen. K. will den Gesellen entlassen haben, weil dieser sich gegen seine Frau ungebührlich betragen und diese bedroht habe. Da ein Vergleich an dem Widerstande des K. scheitert, dieser den Gesellen auch nicht auf 14 Tage wieder einstellen will, das Gericht aber den Entlassungsgrund nicht anerkennt, so verurtheilt es K. zur Zahlung von 21 Mk. und in die Kosten von 2 Mk.

Von der Gemeindeversammlung in Herrenwyhl ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Herrn. Hans Hint. Möhlensfeldt der Erbpächter F. W. H. Raacksteen zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Erbpächter Raacksteen wurde in genannter Eigenschaft vom Stadt- und Landamt bestätigt.

Haffkrug. Mittwoch Vormittag wurde von hiesigen Fischern in der Nähe des Strandes der Ostsee treibend eine stark verweste männliche Leiche aufgefunden und auf Veranlassung des Bauernvogts gelandet. Die Leiche war ca. 1,45 Meter groß, bartlos, hatte blondes dichtes Haar und war bekleidet mit weißer Mütze, blauer Jacke, grauen Strümpfen, Halbshuhen mit Gummizügen, blauer baumwollener Arbeitshose.

Hamburg. Die früheren Direktoren der Mafferbank, Cohn und Hefschel, wurden wegen Untreue gegen die Bank verhaftet.

Hamburg. Ein Bild aus dem Gegenwartsstaat. Zu einem Barbier in der Billhorner Brückenstraße kam am Donnerstag ein diesem bekannter Zimmerer. Derselbe befand sich in großer Aufregung und stellte an den Inhaber des Barbiergegeschäfts das Verlangen, ihm das schon ergraute Haar dunkel zu färben, da man ihn wegen seines grauen Haares nirgends in Arbeit nehmen wolle. Der Mann, welcher eben 50 Jahre und noch sehr rüstig ist, hatte erst am selben Tage bei einem Zimmermeister, von welchem er wußte, daß er circa 50 Leute einstellen mußte, um Arbeit angefragt. Vor ihm waren schon einige angenommen worden; als er aber an die Reihe kam und der Meister das ergraute Haar erblickte, erhielt er gleich den Bescheid: „Ja heu schon

genog Lüüt, ick bruut keen mehr." Man kann sich daher die Gefühle des Abgewiesenen, der schon 7 Monate ohne Verdienst, dabei aber Frau und 3 Kinder zu ernähren hat, vorstellen, als er sah, daß nach ihm noch eine ganze Anzahl, natürlich jüngere Kräfte, in Arbeit genommen wurden. Wir glauben, dieser Fall bedarf keines weiteren Kommentars; er spricht Wandel von der Ungerechtigkeit und Unhaltbarkeit der heutigen sozialen Zustände. Großdem leben wir aber nach der Versicherung der bürgerlichen Moralphilisten in der „allerbesten der Welten“.

Hamburg. Am gestrigen zehnten Ziehungstage der 7. Klasse der 307. Hamburger Stadt-Lotterie wurden nachfolgende Nummern mit folgenden Hauptgewinnen gezogen:
20 000 Mk. auf Nr. 41117 72808. 10 000 Mk. auf Nr. 40523, 8000 Mk. auf Nr. 3288 6085 43125 68602 98071 09778 104807 107920. 2000 Mk. auf Nr. 4429 7392 20408 35248 63823 68191 78230 81810 91031 93443 106704. 1000 Mk. auf Nr. 1284 1946 1715 1918 2800 2918 5675 10806 12556 14063 18101 22168 22780 24770 26065 30476 38908 48474 87021 37697 40767 41441 42899 45207 48067 54242 56058 60204 62846 68797 73287 80298 80438 96141 101881 101818 108528 104283. 400 Mk. auf Nr. 1500 5896 11237 13911 13958 16594 20719 20785 21712 22585 25361 25856 31112 32369 38593 34559 37277 37702 40107 42080 47683 48074 51183 53716 56361 57097 58434 58570 66092 67872 67606 68179 68482 68565 68595 68906 69782 71932 72541 74874 79041 83754 85262 86434 89493 91620 92879 92988 93763 96279 97686 99794 100294 102380 102614 102819 108628 108842 105658 107144 109297. (Ohne Gewähr.)

Altona. Der Anarchistenprozeß, der vor längerer Zeit gegen eine erhebliche Anzahl angeblicher Anarchisten Hamburg-Altonas von der hiesigen Staatsanwaltschaft eingeleitet wurde, ist nun endgültig zu Wasser geworden. Bekanntlich lehnte die Beschluskammer den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens gegen die Angeeschuldigten ab, weil ihr die von der Staatsanwaltschaft vorgebrachten Gründe nicht ausreichend erschienen. Die Staatsanwaltschaft erhob Beschwerde beim Oberlandesgericht, ohne damit aber Erfolg zu haben.

Enghaven. Ein großes prähistorisches Gräberfeld ist von dem hiesigen Weinhändler Schleyer auf einem Geestacker des Dorfes Sahlenburg im Hamburgischen Amte Rißebüttel aufgefunden und bloßgelegt worden. Bis jetzt sind dem Gräberfeld 38 Urnen aller Größen entnommen. Es wird angenommen, daß sie einer noch etwa 800 Jahre vor Christi Geburt liegenden Zeit entstammen. Sie dürften sämtlich germanischen Ursprungs sein, ihre Form sowohl, wie die Art ihrer Ornamentierung lassen das vermuten. Es befinden sich unter den Urnen auch mehrere der interessanteren Buckelurnen. Ihr Inhalt ist noch nicht näher untersucht. Jedenfalls enthalten viele von ihnen außer Knochenresten noch Waffen, Schmuckstücke und vielleicht auch Münzen. Die Geesttheile des Amtes Rißebüttel sind außerordentlich reich an derartigen Alterthümern. Die gefundenen Urnen kommen nach Hamburg.

Versammlungs-Anzeiger.

„Sozialdemokratischer Verein“, jeden Montag nach dem 1. eines jeden Monats in Stehr's Etablissement.
„Vereinigung der deutschen Mäler und Lackierer“, jeden Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Leede, Leederstraße.
„Unterstützungs-Verein der Bildhauer Deutschlands“, jeden 2. und letzten Sonnabend im Monat bei Numohr, Marlesgrube.
„Deutscher Metallarbeiter-Verband“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Leede, Leederstraße.
„Verband der deutschen Hafnarbeiter“, jeden 2. Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Neumann, Fünfhausen.
„Centralverein der deutschen Formier“, jeden 2. Montag nach dem 1. jeden Monats bei Leede, Leederstraße.
„Deutscher Schneider- und Schneiderinnen-Verband“, jeden 2. Montag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Leede, Leederstraße.
„Unterstützungs-Verein der Tabakarbeiter“, jeden Dienstag nach dem 1. des Monats, bei Numohr, Marlesgrube.
„Allgemeiner Verein der Töpfer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“, jeden 2. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Leede, Leederstr.
„Verband deutscher Zimmerleute“, jeden Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats, bei Spahmann, Hundest.
„Centralverband deutscher Maurer und verw. Berufsgenossen“, jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats, bei Neumann, Fünfhausen.
„Vereinigung aller im Schmiede-Gewerk beschäftigten Arbeiter“, bei Spahmann, Hundestraße, jeden ersten Sonnabend nach dem 15. jeden Monats.
„Deutscher Holzarbeiter-Verband“, jeden 2. Mittwoch nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Leede, Leederstraße.
„Verband der Bäcker“, jeden 1. Sonntag im Monat bei Neumann, Fünfhausen.
„Verband deutscher Buchdrucker“, jeden letzten Sonnabend im Monat im „Goldenen Apfel“, Schmiedestraße.
Steinindustrie-Arbeiter jeden Sonnabend vor dem 1. eines jeden Monats bei Schönbohm, Böttcherstraße 18.
„Verband der Brauer“, jeden 1. Donnerstag im Monat bei Neumann, Fünfhausen.
„Verein der Fuhrknechte und verwandten Berufsgenossen“, Mitgliederversammlung jeden ersten Sonntag im Monat, Nachmittags 4 Uhr im Lokale des Herrn Stoffers, Deppenau 27.
Centralverein der deutschen Böttcher. Versammlung jeden zweiten Sonnabend nach dem 1. eines jeden Monats bei Leede.
„Verein deutscher Schuhmacher“, jeden 1. Dienstag nach dem 1. und 15. jeden Monats bei Leede, Leederstraße.
„Verband deutscher Müllergesellen“, jeden letzten Sonntag im Monat bei Leede, Leederstraße.
„Vereinigung der Frauen und Mädchen Albeds“, jeden 2. Freitag nach dem 1. im Monat bei Leede, Leederstraße.
„Verein der Hüter und Kleinhändler“, jeden 1. Sonntag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats bei Neumann, Fünfhausen.
„Verband der Banarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands“, jeden ersten Freitag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats bei Leede.
„Arbeiter-Turnverein“. Jeden 2. Mittwoch im Monat Monatsversammlung beim Turngenossen Stoffers, Deppenau 27, jeden Dienstag Abends von 8-10 Uhr Uebung in der Turnhalle (Langer Lohberg).
„Arbeiter-Nachfahrer-Verein“. Jeden ersten Freitag im Monat bei Stoffers, Deppenau 27.
„Allgemeiner Arbeiterverein für Moisting und Umgegend“. Mitgliederversammlung jeden Sonnabend nach dem 1. eines jeden Monats im Lokale des Herrn Seeler.
Schwartzau-Neufest. „Sozialdemokratischer Verein“, jeden letzten Mittwoch im Monat bei Sternberg in Neufest.
„Sozialdemokratischer Verein für Stokkeldorf und Umgegend.“ Jeden ersten Sonntag im Monat bei Herrn L. Paetan in Fadenburg.

Sternschanz-Bichmarkt. Hamburg, 4. Mai.

Der Schweinehandel verlief gut. Zuführt wurden 930 Stück, davon vom Norden — Städt. vom Süden — Städt. Besondere Verbandschweine schwere 42-43 Mk., leichte 43-45 Mk., Sauen 30-35 Mk. und Ferkel 42-45 Mk. pr. 100 Pfd.

Lübecker Getreidepreise.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund:	
Weizen	13 Mk. — Pf bis 14 Mk. — Pf.
Roggen	12 " 50 " " 13 " — "
Gerste	11 " — " " 12 " — "
Hafers	11 " 50 " " 12 " — "
Erbsen	11 " 50 " " 12 " — "
Gelbe Kichererbsen	15 " — " " 17 " — "
Grüne	15 " — " " 17 " — "

Marktbericht.

Butter Holst. 110 Pfg., Mehl 100 Pfg. per Pfd. Schinken per Pfd. 80 Pfg., Wurst per Pfund 110 Pfg., Eier 12 Stück 60 Pfg., Fäher per Stück 200 Pfg., Enten per Stück — Pfg., Mähen per St. — Pfg., Tauben per St. 60 Pfg., Gänse per Pfd. — Pfg., Schweinskopf per Pfd 45 Pfg., Speck per Pfd. — Pfg., Kartoffeln per 10 Liter 50 und — Pfg.

Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angelommen:
Sonnabend, den 4. Mai.
9,05 B. D. Esbe, Efers, von Reval in 65 Std.
2,50 R. D. Liobia, Densfeld, von Rosbing in 16 Std.
5,20 R. Aurora, Ohlson, von Dshel in 8 Tg.
6,30 R. Dagmar, Hansen, von Högans.
Sonntag, den 5. Mai.
4,10 B. D. Rnslund, Nupfel, von Riga in 54 Std.
4,20 B. D. Halland, Petersen, von Kopenhagen in 18 Std.
4,35 B. D. Waja, Jensen, von Riga in 3 Tg.
6,50 B. D. Dora, Faack, von Memel in 43 Std.
7,30 B. Judith, Bergquist, von Ebanneke.
10,30 B. Hermine, Olmann, von Palmstad in 4 Tg.
2,45 R. D. Hansa, Stephan, von Liban in 47 Std.
3,— R. Amalie, Peterson, von Wabemaravik in 5 Tg.
5,30 R. Merith, Damström, von Pensacola in 63 Tg.
8,55 R. D. Wilhelm Tell, Lange, von Windau in 51 Std.
Montag, den 5. Mai.
4,15 B. D. Orion, Larsson, von Kopenhagen in 12 Std.
5,40 B. D. Gauthjod, Rydell, von Stockholm in 22 Std.
Abgegangen:
Sonnabend, den 4. Mai.
12,15 R. D. Fehmarn, Ehler, nach Fehmarn.
5,30 R. D. Deutschland, Ohlson, nach Riga.
7,05 R. D. Lübeck, Gultman, nach Kopenhagen.
Sonntag, den 5. Mai.
12,35 B. D. Dernen, Holm, nach Rhyted.
1,30 B. D. Desterhöf, Svenson, nach Malms.
1,— B. D. Elita, Pierstorff, nach Liban.
8,40 B. D. Trave, Weisahn, nach St. Petersburg.
11,— B. D. Der Preuße, Wetmann, nach Königsberg.
11,55 B. D. Luba, Lomer, nach Königsberg.
2,30 R. D. Fris, Walkerius, nach Hangö.
4,— R. D. Stadt Lübeck, Krause, nach Memel.
7,10 R. D. Najaden, Gulten, nach Kopenhagen.
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,37 m. DMS., mäßig.
Schiffsbewegung in der Ostsee.
D. Burg ist am 4. d. M. in Königsberg angekommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Durch die glückliche Geburt einer Tochter wurden hoch erfreut
J. Naumann und Frau geb. Pries.

Allen denen, die unserer Tochter **Caroline** die letzte Ehre erwiesen, insbesondere Hrn. Thiel, ihren Mitarbeiter und Arbeiterinnen unseren herzlichsten Dank.
Hoffmann u. Frau nebst Kindern.

Mattjes-Ansichtheringe
leicht beschädigt
à 10 und 5 Pfg. per Stück
empfiehlt

Heinrich Koop,
Otto Schweichler Nachf.,
Marktwieter 4.

Alfred Braun
Goldschmied
28 Holstenstraße 28
empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
**Gold-, Silber- und
Alfonide-Waaren**
Neuarbeiten sowie Reparaturen jeglicher Art werden in eigener Werkstatt prompt, sauber und billig ausgeführt.

Musikant von H. Sanja-Bier
Seidel 10 Pfg.
in meiner durch Umbau verbesserten Bierstube
Ginier der Burg.
Achtungsvoll
H. Stoll.

Im Verlage der Buchhandlung des „Vorwärts“ ist soeben erschienen und durch unsere Expedition, gr. Altfähre 35/37, zu beziehen:
Karl Marx'
Die Klassenkämpfe in Frankreich
1848 bis 1850.
Mit einer Einleitung von Friedrich Engels.
112 Seiten Oktav. Preis 1,— Mk. Porto 10 Pfennig.
Mit dieser Schrift, die ursprünglich unter dem Titel „1848 bis 1850“ in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ (Politisch-ökonomische Revue, Hamburg 1850) erschienen ist, unterbreiten wir der Öffentlichkeit eine meisterhafte Studie von Karl Marx, worin der Begründer der materialistischen Geschichtsauffassung zum ersten Male diese fruchtbare Methode anwendet zur Aufhellung des Charakters der 1848er Revolutionsbewegung und der sie bedingenden wirtschaftlichen und sozialen Kräfte. Die Einleitung von Friedrich Engels zeichnet knapp und klar mit scharfen Schlaglichtern auf die Gegenwart die geschichtliche Entwicklung der revolutionären proletarischen Taktik vom Barrikadenkampf bis zum allgemeinen Stimmrecht und zur Umsturzvorlage, die dazu bestimmt ist, das Erscheinen solcher Schriften unmöglich zu machen.

Fahrräder.
4 geb. Fahrräder, Vollreifen von Mk. 40 an,
3 " " Postreifen " " 60 "
4 " Hochräder " " 20 "
2 " Kinderräder " " 30 "
4 " Dreiräder " " 40 "
6 " Luftreifenräder " " 120 "
10 neue Luftreifenräder à Mk. 225, 12 Monate
Garantie für Reifen und prima Material.
H. A. Hill, Fahrrad-Fabrikation,
Johannisstraße 9.
Berniederungsanstalt
und neuerrichtete Mech. Reparatur-Werkstatt.
— Schnellste Bedienung. —

Uhren reinigen. 1,50,
Federn einsehen. 1,50,
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Täglich frisch geflocht. Kuh-Unter
empf. **M. Lahrtz,** Böttcherstr.
Zum 1. Juli eine kleine Wohnung zu verm.
Paulstraße 18.

Frische Eier, 7 Stück 80 Pf.,
beste frische Butter, Pfd. 1 Mk.,
zweite Sorte Pfd. 85 Pf.,
geräuch. Landmettwurst, Pfd. 100
und 80 Pf., geräuch. Speck, Pfund
60 und 70 Pf., und wegen Verkauf
meines Hauses die vorhandene ältere Butter
sehr billig, Pfd. 30 und 40 Pf.
J. F. D. Götke, Kupfer-Schmiedestr. 7.

Gute gelbflockende
Magnum bonum-Kartoffeln
empf. **F. Behrens,** Marlesgrube 35.

Beinwunden, Flechten,
Krampfadern-Geschwüre, Salzfuss, Drüsen
und Hautkrankh. jed. Art beseit. o. Veruufstör.
Fran J. Dentzau, Lübeck,
Untertrabe 113, h. d. Holstenbrücke. Zu spr.
Freit., Sonnab. u. Sonntags. Keine Vorausz.
d. Honor. Sonnab. u. 5-7 freie Beh. f. Arme.

Verlaufen ein hellblaues Huhn.
Abzugeben. Sedanstraße 15 a.
Gutes Logis.
Engelswisch 49.

Gefunden „fliegende Blätter“.

Abzuholen gegen Erstattung der Insertionsgebühren aus der Exped. d. Bl.

Gef. sof. ein Knecht v. 14-16 Jahren.
Hinter der Burg 1 a.

Gesucht 1 junger Hausknecht
am liebsten vom Lande.
Chr. Wien, Gr. Burgstraße 11.

Achtung!

Central-Verband
deutscher Maurer
u. verw. Berufsgenossen.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 8. Mai,
Abends 8 1/2 Uhr,
im **Berliner Hof.**

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom Vorstandstage.
2. Bericht vom Gewerkschafts-Kartell.
3. Fragekasten und Verschiedenes.
NB. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend notwendig.
Die örtliche Verwaltung.

Gesangverein

„Eintracht“
Stiftungs-fest

verbunden mit
Concert, Gesang, Vorträgen
und **Theater-Vorstellung**
am **Sonntag den 12. Mai**
im Lokale des Herrn Frahm
(Concordia-Garten).
Von 5-7 Uhr: Concert, Gesang u. Vorträge.
Um 7 Uhr: Theater-Vorstellung.
Nachher: **B. A. L. L.**
Eintritt **50 Pf.** Fremden-Einführung gestattet.
Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten müssen vorgezeigt werden.
Das Fest-Comité.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten.“)

Berlin, 3. Mai 1895.

81. Sitzung.

Präsident Freiherr von Buol eröffnet Nachmittags 1 Uhr die Sitzung.

In dritter Verathung wird der Gesetzentwurf für Elfaß-Votirungen über die Aufhebung des Gesetzes betr. die Erneuerung und Befestigung der Bürgermeisterei und Beigeordneten vom 4. Juli 1887 ohne Debatte angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die erste und zweite Verathung des Nachtrags Etats für die Eröffnung des Nord-Ostsekanals in Höhe von 1700000 Mk.

Staatssekretär Dr. v. Bütticher: Das große vaterländische Unternehmen, der Nord-Ostsekanal, geht seiner Vollendung entgegen. Er wird am 1. Juli dem Verkehr übergeben werden können. Das hat den Gedanken nahegelegt, die Eröffnung durch eine größere Feier auszuzeichnen. Die Regierungen schlagen Ihnen einstimmig vor, die erforderlichen Mittel zu bewilligen. Es handelt sich nicht nur um eine nationale Feier wie 1886, sondern es soll auch das Ausland herangezogen werden, um auch ihm die Bedeutung des Kanals vor Augen zu führen. Die an alle seefahrenden Nationen Europas und an die vereinigten Staaten von Nordamerika ergangenen Einladungen sind freundlich angenommen worden und wir werden im Meier Hafen 50 fremde Kriegsschiffe mit voraussichtlich 12 Admiralen, 800 Offizieren und 16000 Mann Besatzung empfangen. Das Programm der Eröffnung ist in der Ihnen vorgelegten Denkschrift mitgeteilt. Die geforderten Kosten werden angesichts der zu veranstaltenden Feierlichkeiten nicht zu hoch gegriffen sein. Als Trost kann ich Ihnen mitgeben, daß so sparsam gebaut wurde, daß der Fonds von 156 Millionen Mark nicht nur ausreichen wird, sondern daß noch eine nicht unerhebliche Ersparnis zu erwarten ist. Diese Ersparnis beläuft sich gegenwärtig auf 700000 Mk. (Heiterkeit.) Das erscheint gering, aber wenn ich Ihnen sage, wie viel noch geleistet worden ist, wie der Kanal einen halben Meter tiefer ausgehauert worden ist, als die Marineverwaltung gefordert hat, daß ferner eine feste Brücke gebaut worden ist, so gewinnt die Ersparnis doch an Bedeutung. Ich glaube Ihnen versprechen zu können, daß über die Hälfte der heute geforderten Summe durch Zurückhaltung wird gedeckt werden können.

Webel (S.): Als es sich um die Bewilligung der Mittel für die Erbauung des Kanals handelte, hat auch unsere Fraktion dafür gestimmt, obwohl sie durch den Abg. Hagenkover erklärt ließ, daß es sich dabei um ein im militärischen Interesse auszuführendes Werk handle. Kriege gehören ja aber zu den Ausnahmen und der Zeitpunkt, wo Kriege zwischen Kulturnationen unmöglich sind, ist näher als Viele glauben. Unter den Umständen finden wir auch eine Feier des Abschlusses dieses Werkes erklärlich, können ihr aber, so wie sie geplant ist, keine freundliche Seite abgewinnen. Derer, die mit ihrem Fleiß und ihrer Arbeit den Bau des Kanals gefördert haben, wird nicht gedacht. Man möchte in erster Reihe für das Unterkommen der nach Vollendung des Kanals brodlos werdenden Arbeiter sorgen. Ferner hat der Kanal vielen Anwohnern das Wasser abgegraben; auch diesen müßte Hilfe des Reiches werden. Wir wünschen, daß das Werk sich möglichst gedeihlich entwickle. Der geplante Feier können wir aber nicht zustimmen, einmal, weil wir Gegner solcher Feste sind, zumal in einem Augenblicke, wo ständig nach neuen Steuern gesucht wird; auch Angesichts der Umsturzbewegung, die den Sozialdemokraten einen Mühlstein um den Hals hängen soll, werden Sie es begreiflich finden, wenn wir der Forderung unsere Zustimmung nicht geben.

Häger (F.): Wir sind für die Bewilligung der Summe, wollen auch das Festprogramm nicht kritisieren, aber wir hätten gewünscht, daß die Forderung schon im März an den Reichstag gelangt wäre, so daß der Reichstag im Einzelnen Ausstellungen hätte machen können. Mit der Dedung der Kosten durch Matrilinearbeiträge sind wir nicht einverstanden, sondern glauben, daß die Dedung sich auf andere Weise ermöglichen lassen wird. Was die vom Vorredner angezogene Umsturzbewegung betrifft, so glaube ich, daß dieselbe bereits begraben sein wird, wenn das Fest gefeiert wird. (Heiterkeit.)

Damit schließt die erste Verathung. In der zweiten Verathung werden die Ausgaben ohne Debatte bewilligt.

Betriffs der Uebersichten der Reichseinnahmen und Ausgaben für das Etatsjahr 1893/94 beantragt die Rechnungs-Kommission, die nachgewiesenen Etatsüberschreitungen vorläufig zu genehmigen, sowie folgende Resolution anzunehmen:

„Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Zukunft Unternehmungen in den Kolonien, die voraussichtlich größere Ueberschreitungen des Etats zur Folge haben, in der Regel nur zu beginnen, nachdem vom Reichstage die erforderlichen Nachtrags-Kredite bewilligt sind.“

Der Antrag der Kommission wird ohne Debatte angenommen.

Das Hans geht nun über zur Interpellation des Abg. Liebermann und Genossen:

„Welche Maßregeln gedenken die verbündeten Regierungen zu ergreifen, um die Ausbeutung, von welcher das gesamte deutsche Volk durch die künstliche Preistreiberei des Petroleums augenblicklich betroffen ist, zu befeitigen?“

Staatssekretär Dr. v. Bütticher: Ich möchte die Beantwortung der Frage, ob ich zur Beantwortung der Interpellation bereit bin, mit einigen Bemerkungen einleiten. Die Dinge, auf die sich die Interpellation bezieht, die Ringbildung, der Petroleumhandel in Amerika sind der Aufmerksamkeit der Regierung nicht entgangen. Schon seit langer Zeit beschäftigt sich die Reichsregierung im Verein mit der preussischen Regierung mit der Frage, ob und welche Maßregeln zum Schutze der deutschen Interessen gegenüber den Wirkungen dieser Ringbildung zu ergreifen seien. Die Erwägungen sind dem Abschlusse nahe. Eine Beschlußfassung darüber, was zu thun ist, hat aber zur Zeit noch nicht erfolgen können. Ich halte es nicht für gerathen, über das Ergebnis der angestellten Ermittlungen und Erwägungen über den Stand der Dinge und über die einzelnen Maßregeln, von denen in der Presse und im Kreise der Interessenten gesprochen worden ist, hier ein Wort zu verlieren. Ich glaube vielmehr, dem Interesse des deutschen Handels und der deutschen Konsumenten mehr zu entsprechen, wenn ich zur Zeit die Beantwortung der Interpellation ablehne.

Dr. Barth (F.): beantragt nichtsdestoweniger die Beantwortung der Interpellation.

Es erhält zunächst zu ihrer Begründung das Wort Zimmermann (Antif.): Die Frage des Petroleums ist eine brennende, für die deutsche Bevölkerung äußerst wichtige, und wir stehen vor dem Schlusse der Session. Der Reichstag muß gegenüber der unerhörten Hausse des Petroleums, der Preistreiberei Stellung nehmen. Die Standard-Oil-Company ist vor keinem Mittel zurückgeschreckt, die Petroleumproduktion zu monopolisieren. Die Reichsregierung muß gegen die Auswüchse des Großkapitals Stellung nehmen. Das Organ der Sozialdemokratie sieht in diesem Petroleummonopol einen Schritt auf dem Wege zum Sozialismus. Wenn die Sozialdemokratie wirklich die Arbeiterpartei wäre, dann freilich würde sie nicht als lahmer Dritter bei Seite stehen. Es ist das bezeichnend für die Verbindung von Sozialdemokratie und Großkapital. Nicht einmal die Parfümerien wollen die Sozialdemokraten höher besetzen. Noch ist es Zeit, zu zeigen, daß der Staat sich dem Machtgebote der Kapitalisten nicht fügt. Bei dieser Gelegenheit wäre es ja leicht, zu zeigen, wie grade das internationale Judenthum der Träger internationaler Gefahren ist. (Lachen und Appl.) Wenn Sie uns provozieren, sind wir bereit, Ihnen zu dienen. (Weißfall bei den Antifemiten.)

Zur Geschäftsordnung nimmt das Wort

Dr. v. Bennigsen (M.): Der Herr Präsident ist nicht ganz geschäftsmäßig verfahren. Er hätte, nachdem der Antrag auf Beantwortung der Interpellation gestellt war, zunächst die Frage der Unterstützung durch 50 Mitglieder stellen sollen. Ich würde wünschen, daß in Zukunft nach der Geschäftsordnung verfahren wird, und möchte dem Abg. Dr. Barth den Rath ertheilen, seinen Antrag auf Beantwortung der Interpellation zurückzuziehen. Ich meine, die Gründe des Herrn Staatssekretärs, weshalb er heute eine Beantwortung nicht wünscht und eine Antwort zu ertheilen nicht im Stande ist, sollten auch für uns ausschlaggebend sein. Der Gegenstand ist wichtig genug und sowohl die verbündeten Regierungen wie der Reichstag werden ihm gewiß alle Aufmerksamkeit zuwenden. Aber wenn Verhandlungen schweben, in welcher Weise der Preistreiberei entgegengetreten werden kann und wenn diese Verhandlungen noch nicht zum Abschlusse gekommen sind, so meine ich doch, daß wir in sie nicht störend eingreifen sollten. (Weißfall.)

Dr. Lieber (S.) meint, daß der Präsident dem Abg. Dr. Barth gegenüber ganz richtig verfahren sei. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn der Staatssekretär sich zur Beantwortung der

Interpellation bereit erklärt und dann die Rede gehalten hätte, oder zur Begründung der Ablehnung der Antwort gehalten hätte (Heiterkeit und Zustimmung.) Was dann den Antrag des Abg. Barth betrifft, die Interpellation zu besprechen, so meinen wir, daß eine solche, wenn eine Beantwortung von der Regierung abgelehnt ist, nur einen ganz geringen Werth hat.

Dr. Barth (F.): Darin kann ich mich dem Abg. Dr. Lieber nicht anschließen, daß, wenn die Regierung die Beantwortung einer Interpellation ablehnt, eine solche keinen Werth mehr hat. Zwischen hat der Interpellant das Wort gehabt und ich glaube, ich habe ihn überschätzt, ich glaube, es würde notwendig sein, darauf zu antworten. Da ich mich aber überzeugt habe, daß dies nicht der Fall ist, so lege ich auf den Antrag, in die Beantwortung einzutreten, keinen Werth mehr.

Dr. Lieber (S.) giebt dem Vorredner zu, daß von einer sachlichen Begründung in den Ausführungen des Interpellanten wenig die Rede war, wohl aber von Agitation.

v. Debes (M.) entnimmt aus den heutigen Zweifeln über die Auslegung der Geschäftsordnung, daß eine authentische Interpretation notwendig sei, die nun erfolgt zu sein scheint.

v. Liebermann (Antif.): Ich nehme den Antrag des Abg. Dr. Barth, die Interpellation zu besprechen, wieder auf, protestiere aber gegen die Worte des Abg. Dr. Lieber, daß die Begründung der Interpellation lediglich zu agitatorischen Zwecken erfolgt sei.

Der Antrag zur Beantwortung der Interpellation, der bei Unterstützung von 50 Mitgliedern bedarf, wird jedoch nur von 46 unterstützt, und zwar von den fast vollständig anwesenden Antifemiten, den schwach vertretenen Konservativen, der Reichspartei und den Sozialdemokraten. Der Antrag Liebermann v. Sonnenberg kann also nicht zur Abstimmung gebracht werden.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abgg. Meyer-Halle, Pauli und Pochmann werden beantragt, die von Ranschberger, Siegel und Engel für gültig erklärt. Die Wahl des Abg. Voeltcher (M.) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären. Marquardsen (M.) beantragt Abhebung von der Tagesordnung.

Bachem (Zentrum) widerspricht dem Antrage; dieser wird abgelehnt.

Vor der Abstimmung über den Kommissionsantrag bezweifelt v. Marquardsen die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Die Auszählung des Hauses ergibt nur 180 Anwesende, also die Beschlußfähigkeit.

Morgen: Dritte Lesung der Gesetzentwürfe über Binnen-schiffahrt und Fiskalerei, Petitionen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Getreide-Einfuhr in das Deutsche Reich betrug im März d. J. im Vergleich zum Vorjahre 479,078 (796,356) Doppelcentner Weizen, 314,587 (171,916) Doppelcentner Roggen, 65,163 (191,320) Doppelcentner Hafer, 521,568 (653,381) Doppelcentner Gerste, 27,738 (64,236) Doppelcentner Kaps und Rübsaat, 122,625 (690,255) Doppelcentner Mais und Dari. In den drei ersten Monaten d. J. sind eingeführt: 1,901,538 (1,897,442) Doppelcentner Weizen, 1,004,321 (576,342) Doppelcentner Roggen, 325,451 (696,531) Doppelcentner Hafer, 2,022,519 (2,509,477) Doppelcentner Gerste, 109,149 (214,467) Doppelcentner Kaps und Rübsaat, und 410,381 (1,913,141) Doppelcentner Mais und Dari.

Ein moderner Kunstgenuss. Für die geistige und sittliche Entartung der Bourgeoisie ist eine Rezension bezeichnend, die sich im „Kleinen Journal“ findet. Im Apollo-Theater in Berlin wird vor den Augen der zahlungsfähigen Ekelsten und Bekten, der Börsenjobber und sonstiger kunstbegeisterter Männer und Frauen ein „Soubrettenfischer“, „Der Floh“ aufgeführt. Wie das Ding aussieht, vernehme man aus folgender Schilderung, die das genannte Blatt bringt (es handelt sich um

Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.
Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

(62. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

An einem Januarabend des Jahres 1871 erschien Dumesnil in Begleitung eines andern Franzosen, den er als Jacques Poiret vorstellte, in dem kleinen Hause zu Spitalfelde.

„Er ist Mitglied unserer Gesellschaft,“ fügte Dumesnil bei, „und hat Paris mit dem Luftballon verlassen.“ Außer wichtigen Nachrichten für unser Präsidium bringt er einen Brief für Sie mit, den er in Ihre eigenen Hände ausliefern soll.“

„Sie sind Richard Wane?“ fragte Poiret.
„Der bin ich,“ versetzte Wane, seine Hand reichend. Die andere griff darnach, und nachdem sie die Zeichen gewechselt hatten, durch welche die Mitglieder des Bruderbundes sich erkennen, nahm er ein Etui aus seiner Tasche und zog ein dünnes Päckchen hervor, das er Wane auslieferte.

„Wir werden Sie verlassen, damit Sie sich ungestört mit Ihren Neugierigkeiten befassen können,“ sagte Dumesnil. „Wir treffen uns morgen Nacht wieder — vielleicht früher, wenn die Ereignisse dies verlangen. Wir bringen schwerwiegende Botschaft für den Präsidenten. Es ist sicher, daß die provisorische Regierung Paris vor Ende dieses Monats übergeben will; eine Convention kann eben jetzt abgeschlossen worden sein. Die kaum errichtete Republik droht wieder in den Staub zu sinken. Die Feinde der Freiheit und des Fortschritts haben die Fäden in den Händen! Welchen Weg wir einschlagen müssen, das wird morgen sich entscheiden; aber uns steht

es an, alle bereit zu sein, sobald die Thore sich öffnen und wir Einlaß finden.“

„Ich bin bereit,“ gab Wane zur Antwort.

Die Beiden entfernten sich, indeß Richard sich setzte, noch immer das uneröffnete Schreiben in der Hand; die Augen auf den Boden geheftet, versank er in tiefes Sinnen. Alle Neugier, wachgerufen durch den Anblick eines Briefes aus der belagerten Stadt, jede persönliche Angelegenheiten traten zurück vor der Sorge um das Wohl eines Volkes. Erst die Stimme seiner Schwester Margarethe rief ihn auf seine eigenen, in die politische Krisis mitverwickelten Anliegen zurück.

„Darf ich eintreten?“ fragte sie, den Kopf durch die halbgeöffnete Thüre streckend.

„Ja, Grete, ich bin allein. Dumesnil war hier mit einem Freund, der aus Paris mittelst Luftballon entkommen ist. Er bestätigt, was wir befürchten: Die provisorische Regierung steht auf dem Punkte, mit den Deutschen zu kapitulieren.“

„D wie froh werde ich sein, wenn diese schrecklichen Schlachten zu Ende gehen!“ rief Grete. „Es mag ja sehr demüthigend sein, dem Feind die Stadt zu übergeben, aber alle Welt weiß, daß dieses Geschick unabwendbar ist. Bist Du nicht auch in Deinem Innersten froh, lieber Richard, über diese Botschaft?“

„Das kann ich nicht sagen, Grete! Doch wir haben jetzt an die Verpflichtungen zu denken, welche das kommende Ereigniß uns auferlegt. Ich muß bereit sein, Paris in dem Augenblicke zu betreten, wo die Eisenbahn-Verbindung wiederhergestellt ist.“

„Ja,“ versetzte das Mädchen, „die schöne Aufgabe hart unserer, all' die Unglücklichen zu trösten, die dort so Namenloses gelitten.“

Wane zögerte mit einer Entgegnung. Er sah voraus, daß das ganze milde Werk der Barmherzigkeit werde zurückgehen, warten müssen, bis das härtere, schwerere Werk gethan war. —

„Ich werde leicht eine Dame finden, die meine Arbeit hier übernimmt,“ fuhr Grete fort. „Du darfst nur die Stunde unserer Abreise bestimmen.“

„Also Du bist entschlossen, mich zu begleiten?“ Wane sprach diese Worte eigenthümlich gepreßt. Seiner Schwester entging dies nicht.

„Möchtest Du nicht, daß ich mitgehe?“ fragte sie. „Es liegen Gründe vor, Du bleibst lieber zurück in England. . . wenigstens für einige Zeit. . .“

„Es ist möglich, daß noch Unruhen in Paris ausbrechen. Für die Regierung, welche jetzt am Ruder ist, hat Frankreich nicht geblutet; eine andere wird kommen, welche das zum Ausdruck bringt, was das Volk empfindet und will. . .“

„Du glaubst, es könnte einen Aufstand geben und ich wäre nicht im Stande, die Greuel, die auf den Straßen geschehen, mit anzusehen? Ich weiß, ich bin schwach; aber ich könnte ja zu Hause bleiben und Verbandszeug herrichten für die Verwundeten. Unter sie gehen, wie Du, das könnte ich freilich nicht.“

„Das ist nicht alles, was ich zu thun habe, liebes Kind!“

„Du wirst all Deine Kraft einsetzen, um sie vom Blutvergießen zurückzuhalten.“

„Es wird nicht gehen ohne Blutvergießen. . .“

„Aber Du selbst, Richard, Du wirst Dich doch nicht dem aussetzen müssen?“ Sie erbehte bei dem bloßen Gedanken hieran.

„Wenn der Ruf zu den Waffen an mich ergeht, muß ich gehorchen.“

eine verheiratete Frau, die ihrem Verführer entgegen eilen will):

„Über im Begriff, die Schwelle ihres Doudoirs zu überschreiten, in dem sie bisher ihre Tage schutlos durchträumt, zuckt Madame schmerzhaft zusammen; der Stich eines Flohs hat die Verästelung in ständlichem Genusse schwellende zur rauhen Wirklichkeit zurückgeführt. Sie beginnt in nervöser Hast nach dem unbehaglichen Störenfried zu suchen. Während draußen vor ihrem Fenster der nach ihren Umarmungen Schmachende wiederholt das verabredete Zeichen giebt, durchwühlen ihre schlanken Finger hastig die intimsten Toilettenstücke und zeigen den profanen Augen Gegenstände, von denen, wie schon Schüler in seinem Gedicht „die berühmte Frau“ sagt, der Walle blüht doch allein nur sprechen sollte. Endlich, nachdem Madame sich bis an die Grenzen der Mäßigkeit betolltet, gelingt es ihr, in dem allerintimsten Toilettenstück mit angefeuchteten Spizen Fingern den Quälgeist zu erwischen. Sie hält ihn triumphierend in die Höhe, und während sie mit angehaltenem Athem vergeblich auf das verabredete Signal vor ihrem Fenster lauscht, klingen die Silberlöcher einer Uhr ihr die Zeit, zu der das Stillsitzen stattfinden sollte. Sie eilt, die herabgefunkene Nobe aufraffend und sich schamhaft verhüllend, den Gefangenen fest zwischen den Fingern, zum Fenster; dort geht aber der junge Maler die Straße hinunter, die Zeit ist ihm zu lang geworden und er eilt vielleicht zu einem anderen Rendezvous.“

Dies Stück wird in Berlin, der Stadt, wo „Die Weber“ verboten wurden, aufgeführt. Aber warum auch nicht? Noch jede absterbende Gesellschaft, die sich gegen die Vertreter des Neuen mit den Mitteln der Gewalt zu schützen wähnte, hat, wenn auch alles mögliche und unmögliche verboten wurde, die Eingetangelfreiheit hoch und heilig gehalten. Warum sollte die im eigenen Muff und Moder verkaufende Großbourgeoisie anders handeln? Die Umsturzschande gegen die aufstrebende Arbeiterschaft und gegen die Wissenschaft und Kunst, die mit ihr im Bunde steht, die Eingetangelfreiheit für die „nach Bildung und Besitz maßgebenden Gesellschaftsschichten“!

Der ausgesprochene „alte Baumert“. Der Maler Adam hat den Schauspieler Pauli vom Deutschen Theater in Berlin als Baumert in Lebensgröße gemalt und hat das Gemälde der Kunstausstellung vor vier Wochen eingereicht. Das Bild soll vorzüglich sein; doch erhielt der Künstler den Bescheid, daß das Bild zur Ausstellung nicht zugelassen worden sei. Ein Grund für die Ablehnung ist nicht angegeben. In den beteiligten Kreisen, die sich auf die Zeichen der Zeit verstehen, vermutet man, daß der „alte Baumert“ wegen seiner Zugehörigkeit zu Hauptmanns „Webern“ und des daraus abgeleiteten Verdachts „sozialdemokratischer“ Gesinnung geboykottet worden sei. — Man sieht, es geht ganz gut auch ohne Umsturzvorlage!

Zu den unerfreulichsten Seiten unserer industriellen Entwicklung gehört zweifellos die Kinderarbeit. Der Einsperrung in die Fabriken ist ja gesetzlich ein Damm gesetzt, obwohl die Bestimmungen noch viel umgangen werden, aber auch außerhalb der Fabrik giebt es Beschäftigung genug, die die früheste Jugend ins Joch spannt und ihre Entwicklung gefährdet. Das Bild, das der Epithorabericht des Superintendenten Schönberner über die Zustände in der Synode Berlin II enthüllt, ist erschütternd. Die soziale Nothlage zwingt die Kinder schon im zartesten Alter lange vor und lange nach den Schulstunden dem Erwerb nachzugehen, ohne genügenden Schlaf und genügende Ernährung. So wirtschaftet der Klassenstaat mit der Volkskraft.

Eine neue Unternehmerpraxis ist in Baiern festgestellt worden. Es wurde nämlich entdeckt, daß die Pässe, Leumundszugnisse u. einer großen Anzahl noch nicht 16 Jahre alter italienischer Ziegelarbeiter dahin gefälscht sind, daß sie auf

16 Jahre lauten. Offenbar sollte damit der Schulpflicht und den gesetzlichen Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter ein Schnippchen geschlagen werden. Es wird gegen die italienischen Akordanten eine Untersuchung eingeleitet.

Kirche und Schule. In dem Orte Heiligensee bei Tegel (Brandenburg) hielt bei der Einweihung einer Schule der Pastor Baack als Lokalschulinspektor die Einweihungsrede. Der fromme Herr gab dabei, wie wir der „Volkszeitung“ entnehmen, den Kindern folgende erbauenden Ermahnungen:

„Die Schule soll Euch nicht für das irdische Leben, sondern für das jenseitige, den Himmel, vorbereiten; Ihr sollt daher in erster Linie in der Religion unterrichtet werden. Vom Rechnen braucht Ihr nur soviel zu erlernen, um später einmal nicht mehr auszugeben, als Ihr einnehmen werdet; in die Geheimnisse der Schreibkunst braucht Ihr nicht weiter einzudringen, es genügt, wenn Ihr eult, von den Eltern entfernt, ihnen schreiben könnt; mir geht es gut, oder mir geht es schlecht, Alles andere ist vom Uebel. Religion ist und bleibt die Hauptsache.“

Neu sind ja derartige Anschauungen nicht. Es ist die Wiederholung der alten Leier der Junker und Orthodoxen, daß man die Jugend nicht zu klug machen dürfe. Die Herabdrückung des Bildungsstandes und der allgemeinen Lebensbedürfnisse, das ist die junkerlichorthodoxe Vorstellung von der Lösung der sozialen Frage. In diesem Falle ist das nur offenerherziger als sonst, ausgesprochen. Die Kinder werden sich natürlich die Mahnung nicht zuviel zu lernen, nicht zweimal sagen lassen. Der Vorfall bietet wieder einmal eine drastische Illustration zu der Einrichtung der geistlichen Schulinspektoren.

Umsturzvorlage und Revolution. Diesen Titel trägt eine neue kräftig geschriebene Broschüre gegen die Umsturzvorlage: Herausgegeben von einem „Volksfreund“. (Berlin W., Ulrichsstra. 1895. 15 S. 8.) Diefelbe geht von nicht sozialdemokratischem Standpunkte aus. Wir zitieren aus derselben die folgenden Stellen:

„Die Fortdauer der jetzigen Zustände, nicht die Kritik gefährdet den öffentlichen Frieden. Die Revolution kann nur durch rechtzeitige Reformen verhindert werden: wenn aber das Umsturzgesetz (im 2. Absatz des § 130) die freie Kritik verhindert, so verhindert es die Reformen und verhindert also nicht die Revolution, sondern beschwert sie herauf! Und darum rufe ich: „Zurück vom Abgrund!“

„Wenn die freie Kritik und dadurch die nothwendigen Reformen verhindert werden, so sind die unausbleiblichen Folgen:

innen die Revolution und außen eine Ueberflügung durch die anderen Staaten und Untergang durch äußere Feinde.

Im Innern würden als nächste Folgen eintreten:

1. Ein Niedergang des geistigen Leben;
2. eine Verschlimmerung aller religiösen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Zustände;
3. eine ungeheure Steigerung der Unzufriedenheit, der Erbitterung und des Hasses, ein Abnehmen der Vaterlandsliebe, ein Anwachsen des Anarchismus und der Geheimbinde und schließlich die stille Ausbreitung einer revolutionären Gesinnung, von der allmählig immer mehr und mehr auch das Heer erfaßt werden würde.“

„Aber nehmen wir an, die Revolution würde niedergeschlagen und es gelänge, die freie Meinungsäußerung über „die Religion, die Monarchie, die Ehe, die Familie oder das Eigenthum“ zu verhindern: — was dann? Dann stellt sich als weitere Folge heraus, eine allgemeine Zunahme der Feigheit, der Heuchelei, der Verlogenheit,

der Gesinnungslosigkeit, ein elendes Denunziantenthum und eine Vergeudung und Vernichtung der edelsten Kräfte in ewigen Prozessen.“

Der Verfasser ist ein Ideologe, mit wohlgemeinten Absichten, durch dessen Worte oft der bürgerliche Standpunkt und die Furcht hervorblüht, die er von seinem bürgerlichen Standpunkte und für die bürgerliche Gesellschaftsordnung hegt, wenn von oben herab der Weg zur Reform abgegeschnitten wird.

Soziales und Partei-Leben.

Werkwürdiges Wahlergebnis. Bei dem Gewerbegerichts-wahlen in Passau (Niederbayern) siegte in der Abtheilung der Unternehmer die sozialdemokratische, in der der Arbeiter die katholische Liste.

Der jetzige Redakteur der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung“, trat am 1. Mai von der Redaktion zurück, nachdem die gegen ihn erlassenen Gefängnisstrafen in der Höhe von sieben Monaten rechtskräftig geworden sind. Außerdem schweben noch drei Klagen gegen ihn, und zwar je eine wegen angeblicher Verleumdung, Aufreizung und Majestätsbeleidigung. In einem erschlatternden „Abschiedsworte“ an die Freunde und Kameraden sagt der Scheidende: Ich bin schwer getroffen worden; habe ich doch das ganze Jahr 1893 vollständig im Gefängnis zubringen müssen. Und wieder sind es 7 Monate, die ich dem Leben entzogen werde, denn im Grunde ist es eins, todt oder hinter Kerkermauern, Kameraden, ich trete ab, ein anderer tritt in die Breiche. Ich fordere Euch auf, nicht zu wanken in dem Streben nach Eringung besserer Verhältnisse. Kein Baum fällt auf den ersten Hieb aber Beharrlichkeit führt stets zum Ziel. Dies bedenkt und eine hohe Freude wird es für mich sein, werde ich wieder in die deutsche Freiheit entlassen, Euch alle frisch und unverdorren am Werke zu sehen. Entlaßt nicht! Das ist mein Abschiedsgruß. Hoch die Organisation! Glückauf!

Aus Nah und Fern.

Durch eine verpekernde Feuersbrunst ist am Donnerstag das Dorf Pommern, das größte im Kreise Krossen, zum größten Theile zerstört worden. In Folge des starken Nordwestwindes brannten in zwei Stunden 65 Wohngebäude und über 150 Scheunen und Ställe nieder; auch viel Vieh ist verbrannt. Einige Personen erlitten Brandwunden. Das Pfarr- und das Schulhaus wurden mit Mähe erhalten. Den meisten Leuten ist Alles verbrannt, da sie bei Ausbruch des Feuers auf dem Felde waren. Das Feuer soll dem „Krossener Wochenbl.“ zufolge durch das Spielen von Kindern mit Bludhölzern entstanden sein.

Berlin. Vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts II hatte sich die 31jährige Frau des Arbeiters Rotke zu verantworten, die mit ihrem Mann, einem notorischen Trunkenbold, seit Jahren in unglücklicher Ehe lebte, fast täglich von demselben mißhandelt wurde, sodaß sie in letzter Zeit bei Nachbarn mit ihren Kindern Schutz suchen mußte und in der Nacht vom 2. zum 3. Februar ihren Mann, als er wiederum trunken nach Hause gekommen war und sie mißhandelt hatte, im Schlafe mit einem Stück Holz erschlagen hatte. Sie war der That gefählig, behauptete aber, in der Nothwehr, als ihr Mann sie von Neuem überfallen, gehandelt zu haben. Auf den Antrag des Verteidigers wurde außer der auf vorläufige Tödtung lautenden Schuldfrage noch die Nebenfrage auf schwere Mißhandlung mit tödtlichem Erfolg gestellt. Der Staatsanwalt bat die Geschworenen, die Angeklagte der vorläufigen Tödtung für schuldig zu befinden, aber ihr mildere Umstände zuzubilligen. Der Spruch der Geschworenen lautete auf nicht schuldig in Betreff beider Fragen, worauf die Angeklagte freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen wurde.

Geistes. Professor Confusmathesius. „Ah, Sie da, lieber Freund, freut mich, Sie nach so langer Abwesenheit wieder zu sehen, was macht Ihre liebe Frau Gemahlin?“

„Ich bin unverheiratet, Herr Professor.“

„Ach so, richtig — ich glaubte doch ganz bestimmt — hm! — aber was ich sagen wollte: wie lange sind Sie denn schon unverheiratet?“

„D, mein Bruder!“

Sie umklammerte seinen Arm, ihn mit stillem Flehen anblickend. Dann, als er sprechen wollte, wehrte sie ihm ab und in kurzen, sich überstürzenden Sätzen, von Schluchzen unterbrochen, beschwor sie ihn, seine Worte zurückzunehmen, den gefassten Beschluß aufzugeben, einen anderen Weg seiner Pflichten zu suchen und sein Leben für höhere Ziele der Menschheit aufzubewahren. Mit all dem heißen Gefühl ihrer schwesterlichen Liebe suchte sie ihm auszureden, was er in diesem Falle für seine Pflicht ansah. Sie traute sich nicht, aufzuhören, da sie wußte, wie unwiderruflich seine Antwort lauten würde; und als ihr denn zuletzt doch die Worte verfliegen, und sie aus ihren Thränen zu ihm flehend aufschah in sein ernstes Gesicht, sagte er, die Bitternde leise an sich ziehend:

„Du hast mir keinen so strengen Einwand machen können, als ich mir selbst, indem ich an Dich dachte! Einen schweren Kampf hat es mich gekostet, bis ich es vermochte, der Liebe zu entsagen, und mein Leben der Freiheit zu opfern. . . . Nun kennst Du die Gründe, warum ich lieber wünschte, Du bliebest hier. Wenn ich fallen sollte — —“

Grete rang ihre Hände in Verzweiflung. „D ich kann es nicht ertragen, sprich nicht so . . .!“

„Aber wir müssen an Alles denken . . .“

Möglichlich richtete sie sich auf, von einem Entschluß befeelt.

„Dann spricht dies mehr als alles Andere dafür, daß ich Dich begleite —! Nur eines vermag uns zu trennen,“ setzte er hinzu und brach dann ab, indem ein tödtlicher Schauer durch ihr Herz drang.

Erst nach geraumer Zeit, als Vane wieder allein war, griff er nach den noch uneröffneten Schreiben, von denen seiner Meinung nach eines von Garnier handeln mußte. Indem er den Umschlag öffnete, nahm er ein

Blatt heraus, welches sehr zierliche kleine Schriftzüge, aber am Ende in großen, mühsam gemalten Buchstaben eine Nachschrift von Folly trug. Vane's Herz schlug, als er las:

„Paris, Hotel Milan, Carrefour de l'Europe, St. Lazare, 14./1. 1871.

Hochgeehrter Herr!

Paris ist in großer Noth — vor den Thoren stehen die deutschen Truppen, im Innern herrscht die bitterste Hungersnoth. Die gute Madame Avent, deren hübsches Hotel garni in der Straße St. Sulpice nur noch ein Schutthaufen ist, hat sich hier im Hotel Milan niedergelassen und schon zahlreichen Armen und Bedürftigen Obdach und Nahrung gespendet. Aber unsere guten Damen können nicht alles erschwingen und Gott allein weiß, wie die armen Geschöpfe ihr Leben ferner fristen sollen. Das gewöhnliche Fleisch kostet 12 Franken das Pfund und Niemand bekommt selbst für Geld mehr als 10 Unzen Brod täglich. Es ist schrecklich. Aber die Uebergabe der Stadt wird bald erfolgen, sagt man uns. Mein Kind — wie ich mir herausnehme, Frau von Aveling zu nennen — hat all ihr Hab und Gut den Armen und Elenden gegeben. Sie ist ein ebenso gutes Weib, als sie eine gute Tänzerin war. Und da sie sich ewig Ihrer Güte erinnert, nimmt sie die Gelegenheit, die sich ihr bietet, wahr, Ihnen den einliegenden Check zu übersenden, mit der Bitte, die nothwendigen Vorräthe einzukaufen und sie hierher zu senden, sobald sie in Paris hereinkommen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
G. Speranza.

Das Postskriptum, von Folly selbst geschrieben, lautete:

„Ich habe nicht immer das Rechte gethan, seit ich Sie verlieb, mein lieber, lieber Freund! Es ist nicht

leicht, aber ich bemühe mich nach allen meinen Kräften. Leben Sie wohl, lieber Freund.

Folly.“

Im Couvert steckte der Check, welchen Sir Aveling einst an Folly gesandt hatte — Esperanza hatte den Betrag mit 1000 Pfund Sterling ausgefüllt. Richard überlegte eine kleine Weile, dann ging er an seinen Schreibtisch und richtete die nachfolgenden Zeilen an Roland:

„53 Kirchstraße Spitalfields 21./1. 1871.

Mein Lieber!

Heute erhielt ich den einliegenden Brief Deiner Frau und wird es Dich freuen, aus demselben zu ersehen, daß unsere Hoffnungen für Folly sich schon theilweise erfüllt haben. Ich sende auch den Check, Folly hat den Werth des Geldes immer noch nicht begriffen und ich hoffe, Dein Vater wird in Ansehung der Zwecke, um die es sich handelt, gerne den Betrag in einer Weise erhöhen, der seinen eigenen Wünschen und Erwartungen entspricht.

Aller Wahrscheinlichkeit nach werde ich die zu beschaffenden Vorräthe selbst nach Paris bringen und Margarethe mitnehmen. Komm, lieber Junge, und sage uns Lebewohl!

Richard.“

Noch einmal las er dann Follys Nachschrift, ehe er sie mit dem Check in seinen eigenen Brief an Roland faltete, und er begriff, was es bedeutete, daß sie es über sich gewonnen, daß sie Zeit gefunden hatte, das Schreiben an ihn selbst zu lernen. Wieder und immer wieder rief er sich ihre Worte zurück, beseligt durch sie in seinem zartesten Empfinden, und doch nicht ohne Schmerz. War für ihn der Pfad der Pflicht nicht auch dornenvoll? . . .

(Fortsetzung folgt.)